

100 Jahre  
Bernischer  
Staatspersonal-  
verband

100 Jahre  
im Zeichen der  
Solidarität

100 Jahre Bernischer Staatspersonalverband  
100 Jahre im Zeichen der Solidarität

IM WEIN  
GEIST

# 100 Jahre Bernischer Staatspersonalverband

100 Jahre  
im Zeichen der Solidarität

## Impressum

Herausgeber: Bernischer Staatspersonalverband (BSPV)

Konzept & Layout: Komform GmbH, Liebefeld

Texte: Bernischer Staatspersonalverband (BSPV)

Redaktion: Komform GmbH, Liebefeld

Korrektur: Textgut, Bern

Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern

ISBN: 978-3-033-03421-1

Der BSPV bedankt sich beim Lotteriefonds des Kantons  
Bern für den finanziellen Beitrag zu dieser Publikation.

# Unser Augenmerk ist nach vorne gerichtet

Fast alles ist anders. Kaum etwas ist noch so wie 1912. Ungebrochen ist aber unser Einsatz für einen bärenstarken Service Public.

Seit hundert Jahren vertritt der Bernische Staatspersonalverband BSPV die Angestellten des Kantons Bern. Engagiert, solidarisch und zukunftsgerichtet kämpfen wir gemeinsam für fortschrittliche Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Renten. Fast 7000 Mitglieder stark sind wir der wichtigste Sozialpartner des Regierungsrates.

Der BSPV wird nicht von allen geliebt, von vielen geachtet, von manchen gefürchtet. Manchen sind wir zu forsch, einigen zu träge, wenigen zu politisch. Einigen sind wir zu links, anderen wiederum zu rechts. Wir intervenieren, wir ärgern, machen aber auch Freude, erreichen etwas und können helfen. Kurz, der BSPV wird wahrgenommen. Wir sind mehr als ein Personalverband. Der BSPV ist ein Teil des Kantons Bern. Darauf sind wir stolz.

Wir begehen unser Jubiläum mit Freude. Wir werfen in unserer Festschrift Blicke zurück. Wir zeigen Einzelheiten, weisen auf Interessantes, Einmaliges, Grossartiges, Beachtenswertes hin. Unser Rückblick ist aber nicht vollständig. Und all jene, die nicht erwähnt sind, sind nicht vergessen. Der BSPV lebt von all seinen Mitgliedern, seinen Sektionen und den aktiven Organen.

Unser Blick zurück ist interessant. Unser Augenmerk ist aber immer nach vorn gerichtet. Der BSPV soll auch in Zukunft die Interessen aller Kantonsangestellten mit Nachdruck vertreten und zusammen mit allen Behörden Lösungen für die Zukunft finden.

Peter Bernasconi, Präsident des BSPV



## Les intérêts de la minorité sont thématésés

L'Association du Personnel de l'Etat de Berne (APEB) a été créée il y a 100 ans déjà. Dès sa fondation, elle fut ouverte à tous les employés et fonctionnaires.

Les femmes y furent représentées, de même que les francophones, par solidarité, en raison d'intérêts communs et surtout par conviction. Lors de la création du canton du Jura, le 1er janvier 1979, bon nombre de membres durent malgré eux quitter l'APEB. Ils firent partie du jour au lendemain d'une nouvelle administration cantonale. La question de la minorité et de la représentation des francophones se posa très rapidement, par rapport surtout à leur participation active au sein des divers comités ou commissions.

Plus de trente ans ont passé, l'APEB est aujourd'hui un organe bilingue dans lequel les francophones sont bien représentés. Les intérêts et les problèmes de la minorité y sont dûment thématésés. Le Canton de Berne ne peut se représenter un avenir sans les Romands, sans nos Romands.

L'APEB possède une section – l'Union du Personnel de l'Etat de Berne – qui représente et défend les intérêts de la minorité linguistique.

Pierre-André Musy, Vice-Président



## Die Stunde Null: Gründung in unbernischem Tempo

Rund vierzig Beamte und Angestellte beschliessen, den BSPV zu gründen. Es zeigt sich: Sie treffen den Nerv der Zeit.



Berner Rathaus um 1912.

Die denkwürdige Versammlung findet am Freitag, 17. Mai 1912, abends um acht Uhr statt. Ort: Café des Banques an der Schauplatzgasse 3 in Bern. 43 Beamte und Angestellte finden sich ein. Ihr Werk am selben Abend: Sie ernennen ein Initiativkomitee zur Gründung des Bernischen Staatspersonalverbands.

Dann geht alles sehr schnell. Bereits am 14. Juni liegen die Statuten und ein Propagandazirkular vor, gleichsam das politische Programm. Im Fokus der Verbandstätigkeit stehen die Schaffung einer «Hülfskasse», Berufslehre und Fortbildung, die Besoldungsfrage, Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls.

Die Gründungsversammlung findet am 30. Juni 1912 im Berner Grossratssaal statt. Die Mitglieder verabschieden die Statuten, setzen den Jahresbeitrag auf sechs Franken fest, wählen den Vorstand sowie den Präsidenten: Arnold Raaflaub, seines Zeichens Fürsprecher und zweiter Sekretär der Polizeidirektion. Zur Gründungsversammlung geladen sind der Bezirksbeamtenverband,



Das Gründungsprotokoll von 1912.

der Wegmeisterverband, das Personal der Staatsanstalten, der bernische Beamten- und Angestelltenverband und der Verband der Betreibungsgehülften.

Der neue BSPV stösst auf reges Interesse. 230 Beamte und Angestellte haben im Vorfeld der Gründungsversammlung ihren Beitritt in Aussicht gestellt. 60 nehmen an der Versammlung teil. 50 vollziehen bis zur ersten Vorstandssitzung vom 24. August 1912 ihren Beitritt. Ende des Jahres zählt der Bernische Staatspersonalverband bereits 540 Mitglieder. Darunter befanden sich von Anfang an auch weibliche Staatsangestellte.

### Die ersten Impulse

*Am 9. März 1890 wird in der Brasserie zum Maulbeerbaum in Bern, im heutigen Restaurant National, der Bernisch-kantonale Bureaulisten-Verein gegründet. In den Kreisen der Bureaulisten der Rechts- und Verwaltungsbureaux entsteht die Idee zur Gründung eines Verbandes aller kantonalen Angestellten, unter Einbezug der bestehenden Vereinigungen der Polizeiangestellten und des Bezirksbeamtenvereins. Es dauert dann noch 22 Jahre, bis diese Idee in Form des BSPV zur Umsetzung kommt.*

## 1912

Im Mai beschliessen 43 Beamte die Einsetzung eines Initiativkomitees zur Gründung eines kantonalen Verbandes.

## 1912

Arnold Raaflaub wird zum ersten BSPV-Präsidenten gewählt.

## Verbandszeitung: Das offizielle Sprachrohr

Im Juli 1913 erscheint die erste Ausgabe der «Bernischen Bureau-Zeitung». Die Redaktionsarbeit nimmt zeitweise viele Ressourcen in Anspruch.

Die «Bernische Bureau-Zeitung» ist «das offizielle Organ des Verbandes der Beamten und Angestellten des Staates Bern und des Verbandes der Beamten und Angestellten bernischer Rechts- und Verwaltungsbureaux». Insgesamt kommen 1913, im ersten Jahr ihres Erscheinens, sechs Ausgaben heraus, im handlichen Kleinformat. Acht Seiten, viel Text, kaum Bilder, dafür viele Werbeanzeigen. Das prominenteste Inserat in der Erstausgabe: Die Berner Papeterie Kollbrunner preist auf der Titelseite ihr neues Radierwasser «Eiger» an. Die Beamten und Angestellten sind eine gefragte Werbezzielgruppe.

Ab 1921 heisst die Verbandszeitung dann «Bernische Staatspersonalzeitung». Die «Bureau-Zeitung» wird nunmehr als Beilage mitgeliefert. In der Juli-Ausgabe desselben Jahres erscheint der Leitartikel erstmals auch auf Französisch. Ab 1925 wird die Staatspersonalzeitung im Grossformat gedruckt. In einem Umfang von nur vier Seiten, dafür in hoher Kadenz: alle zwei Wochen! Das ist viel für einen Verband, auch wenn darin geübte Schreiber organisiert sind. Nicht immer kommen genügend Texte in nützlicher Frist zusammen: 1933 beschliesst die Abgeordnetenversammlung jedenfalls, die Korrespondenten der Unterverbände zur Berichterstattung zu zwingen.

1939 wird der Redaktor im Zuge der Generalmobilmachung von der Armee aufgeboten. Eine Ausgabe entfällt.



Von der «Bureau-Zeitung» zum «diagonal».

1951 wird eine Ausgabe aus politischen Gründen richterlich gesperrt.

Sie soll unlautere Wahlpropaganda enthalten.

1986 wird von der zweiwöchigen auf eine monatliche Erscheinungsweise umgestellt.

1987 verabschiedet man sich vom Grossformat und kehrt zurück zum handlicheren Tabloidformat.

1993 erhält die Verbandszeitung den heutigen Namen «diagonal».

Sie erscheint erstmals zweifarbig.

Heute kommuniziert der Verband über vielfältige Kanäle mit seinen Mitgliedern: über die Webseite, elektronische Newsletter sowie die Social-Media-Plattformen Facebook und Twitter. Die Verbandszeitung «diagonal» erscheint inzwischen vierfarbig und nur noch alle zwei Monate: mit vielen Bildern, dafür mit weniger Inseraten als noch 1913.

### 1913

Dr. Max Riesen übernimmt die Redaktion des Verbandsorgans. Im Juli erscheint die erste Ausgabe der «Bernischen Bureau-Zeitung».

### 1914

Der BSPV übergibt den Behörden eine 71 Seiten umfassende Besoldungseingabe: Sistierung wegen Kriegsausbruch.

### 1916

Wiederaufnahme und Ausbau der Besoldungseingabe von 1914: Forderung nach einem freien Samstagnachmittag.

## Polizeiverband: Kampf dem schlechten Lohn und Ruf

An der BSPV-Generalversammlung vom 1. Juli 1917 wird der «Landjägerverband» als Sektion aufgenommen.

Vor und um die Jahrhundertwende sind die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Polizeikorps – damals «Landjägerkorps» – alles andere als rosig. Ein stark überaltertes Korps von durchschnittlich gerade mal dreihundert Mann, dessen Tätigkeit bereits merklich nachgelassen hat. Die Ruhegehälter sind so niedrig, dass mit ihnen nicht auszukommen ist. Das Ansehen des «Polizeiers» steht auf einem kläglichen Niveau. Es wundert also nicht, dass die Korpsangehörigen diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereiten wollen. Am 25. Februar 1900 – also bereits rund zwölf Jahre vor der Gründung des BSPV – versammeln sich im Gasthof «zum Kreuz» in Kalchofen bei Hasle-Rüegsau zwölf Mann. Nach kurzer Debatte wird der kanton-bernische Landjägerverband aus der Taufe gehoben. Es ist der erste Polizeiverband der Schweiz.

Der junge Polizeiverband tritt sofort nach der Gründung kräftig für die materielle Besserstellung seiner Mitglieder ein. 1893 beläuft sich der Lohn eines «Gemeinen» Polizisten auf 3.50 Franken pro Tag, für den «Chargierten» sind es etwas mehr. Zum Vergleich: Der Taglohn eines einfachen Handlangers beträgt damals 3.30 Franken.

Um ihre Existenz bestreiten zu können, sind die «Polizeier» auf Nebenverdienste angewiesen. Mit diesem Problem befasst sich der Vorstand gleich nach der Polizeiverbandsgründung. Er stellt der Regierung entsprechende Anträge auf Lohnerhöhung. Aber auch in ideeller Hinsicht führt der Verband einen harten



Verkehrskontrolle um 1960.

Kampf. In vielen Bevölkerungskreisen gelte die Polizei als Sammlung von «fragwürdigen Subjekten, die zu jeder andern Beschäftigung zu bequem oder untauglich» seien, steht in der 200-Jahre-Jubiläumsschrift des Polizeiverbandes.

Die Verbandsgründung passt dem damaligen Polizeikommando ganz und gar nicht. Man befürchtet eine «Gefährdung der Disziplin» und negative politische Einflüsse. Das Kommando erhebt Einsprache und droht den Mitgliedern mit Massnahmen. Der Verbandsvorstand lässt sich aber nicht einschüchtern. Und schon bald schwindet das Misstrauen. Bereits 1903 wird der damalige Polizeikommandant zum Ehrenmitglied ernannt, und an der Hauptversammlung von 1904 ermuntert dieser die Korpsangehörigen zum Beitritt.

An der Hauptversammlung des BSPV vom 1. Juli 1917 tritt der Landjägerverband als Untergruppe dem BSPV bei. Ein Sitz im Vorstand wird garantiert und der Jahresbeitrag auf drei Franken festgesetzt.

### Grösste Sektion des BSPV

Per Ende 2011 stellt der Polizeiverband mit 1952 Aktiv- und 541 pensionierten Mitgliedern die grösste Sektion des BSPV. Insgesamt gibt es 2450 Kantonspolizistinnen und -polizisten, nachdem im Rahmen des Projekts Police Bern 640 Stadt- und Gemeindepolizistinnen und -polizisten aus 34 Gemeinden in die Kantonspolizei integriert worden sind.

## 1917

Im Mai beschliesst die Generalversammlung die Schaffung eines ständigen Sekretariats per 1. Juli. Verbandssekretär: der bisherige Präsident Arnold Raaflaub.

## 1917

Der Landjägerverband (heutiger Polizeiverband) und einige Untergruppen von Wegmeistern treten dem BSPV bei.

## 1919

Die Vereinigung Bernischer Bezirks- und Kreisbeamter sowie die Gruppen Wartpersonal der drei staatlichen Irrenanstalten und Haus- und landwirtschaftliches Personal treten dem BSPV bei.



*Der Polizeiverband Bern-Kanton ist  
heute die grösste Sektion des BSPV.*

## Otto Peter: Präsident fast für die Ewigkeit

Gerichtspräsident Otto Peter wird 1920 zum Verbandspräsidenten gewählt – und tritt erst 41 Jahre später wieder ab.



Otto Peter.

An der Delegiertenversammlung vom 18. Dezember 1920 im Restaurant Schmiedstube demissioniert Verbandspräsident Fritz Zimmermann infolge schwerer Erkrankung nach nur zweijähriger Amtszeit. Eine neue Ära beginnt: Der 33-jährige freisinnige Gerichtspräsident Otto Peter wird zum Ersatzpräsidenten ernannt. Der BSPV zählt zu diesem Zeitpunkt rund 1900 Mitglieder.

An der Abgeordnetenversammlung vom 5. März 1922 finden dann die ordentlichen Wahlen statt. Otto Peter wird offiziell zum dritten Verbandspräsidenten gewählt. Und er avanciert als Oberrichter und Obergerichtspräsident auch ausserhalb des Verbands zu einer wichtigen Figur.

Während über vierzig Jahren behält Peter die Verbandsleitung, bis zur Abgeordnetenversammlung vom 29. April 1961, als der BSPV rund 4660 Mitglieder zählt. Sein Nachfolger wird der damals 44-jährige Oberrichter Max Graf. Otto Peter wird zum Ehrenpräsidenten ernannt. Sechs Jahre nach seiner Demission, im Alter von 76 Jahren, stirbt Otto Peter, der BSPV-Rekord-Präsident.

### Meilensteine unter Präsident Otto Peter

- 1922 *Grossrat beschliesst eine nur teilweise befriedigende Besoldungsrevision*
- 1923 / 1924 *Klassifikation der Staatsangestellten*
- 1924 *Erhöhung der Versicherung der damaligen Hilfskasse*
- 1929 *Besoldungsrevision und Einführung der Dienstaltersgratifikation*
- 1931-1937 *Krisenjahre im Zeichen des Abwehrkampfes gegen Lohnabbau*
- 1937 *Otto Peter wird FDP-Stadtratspräsident*
- 1946 *Neue Besoldungsordnung mit 20-klassiger Ämtereinreihung*
- 1954 *Schaffung eines neuzeitlichen Beamtenrechts für das gesamte Staatspersonal*

### Acht Präsidenten in hundert Jahren

1912–1917  
Arnold Raaflaub: 5 Jahre

1918–1920  
Fritz Zimmermann: 2 Jahre

1920–1961  
Otto Peter: 41 Jahre

1961–1978  
Max Graf: 17 Jahre

1978–1995  
Ueli Hofer: 17 Jahre

1995–2004  
Peter Kunz: 9 Jahre

2004–2008  
Roland Seiler: 4 Jahre

2008– heute  
Peter Bernasconi

## 1920

Die Delegierten beschliessen, ein hauptamtliches Sekretariat zu schaffen.

## 1920

Gerichtspräsident Otto Peter wird zum Verbandspräsidenten gewählt.

## 1920

Die erste Delegiertenversammlung (später Abgeordnetenversammlung) findet statt. Zuvor gab es General-, also Vollversammlungen.

## Pfarrverein: Nicht von Anfang an willkommen

1921 wird der evangelisch-reformierte Pfarrverein in den BSPV aufgenommen. Neun Jahre zuvor wollte man noch nichts davon wissen.

«Die Pfarrer sind zu übergehen, weil sie in der hauptsächlich interessierenden Frage der Pensionierung als desinteressiert erscheinen, mit Rücksicht auf ihren Anspruch auf ein Leibgeding [Naturalleistungen wie Wohnung, Nahrungsmittel oder Pflege gegenüber einer Person bis zu deren Ableben], an dessen Kosten sie nicht einmal einen Beitrag zu leisten brauchen.» So steht es im Protokoll des BSPV-Initiativkomitees vom 19. Juni 1912.

Neun Jahre später die Kehrtwende: Die Abgeordneten nehmen an ihrer Versammlung vom 5. März 1921 den kantonalen evangelisch-reformierten Pfarrverein als Kollektivmitglied auf. Sogar einstimmig. Ein Jahr darauf, am 4. Februar 1922, beschliessen sie überdies, die Vereinigung der christkatholischen Geistlichen im Verband aufzunehmen. Diese Untergruppe kommt jedoch nie über sieben Mitglieder hinaus und wird 1927, also nur gerade fünf Jahre nach ihrer Aufnahme, bereits wieder aufgelöst. Die spärlichen Mitglieder bleiben dem Verband als Einzelmitglieder erhalten.

Ganz anders die Entwicklung bei den reformierten Pfarrern. Mit über 500 Mitgliedern ist der evangelisch-reformierte Pfarrverein Bern-Jura-Solothurn heute der zweitstärkste Berufsverband im BSPV – gleich nach dem Polizeiverband. Die Pfarrverein-Mitglieder lassen sich vom BSPV in vielerlei Belangen beraten. So wird im Jahresbericht von 1923 berichtet, dass die Pachtzinse der Pfrunddomänen [Pfarrhaus mit Umschwung] neu geregelt worden seien: «Dabei zeigte



*Der Pfarrverein ist heute mit über 380 Aktivmitgliedern eine starke Sektion.*

sich in einer Reihe von Fällen eine ganz willkürliche Einschätzung durch die Steuerorgane.» Die Mehrzahl der Pfarrer wünscht sich nach eingehender Beratung schliesslich keine Intervention des Verbands.

Heute hat die Reformierte Kirche des Kantons Bern 645'696 Gemeindeglieder in 219 Kirchgemeinden, die mit 383,3 Pfarrstellen betreut werden. Von den 476 Pfarrerinnen und Pfarrern sind 383 Aktivmitglieder im Pfarrverein. Pfarrerinnen und Pfarrer werden durch ihre Kirchgemeinden gewählt, sind aber kantonale Angestellte und unterstehen der kantonalen Personalgesetzgebung sowie der kirchlichen Ordnung.

## 1921

Fürsprecher Seelhofer wird zum Sekretär gewählt.

## 1921

Der evangelisch-reformierte Pfarrverein des Kantons Bern tritt dem BSPV bei.

## Die Hülfskasse: Verbandsanliegen der ersten Stunde

1921 tritt das Hülfskassen-Dekret in Kraft. Erstmals verfügen Staatsbeamte und -angestellte über so etwas wie eine Vorsorge.

1905 prüft der Regierungsrat erstmals, ob eine Vorsorgeeinrichtung für das Staatspersonal des Kantons Bern zu gründen sei. Aber die Sache kommt nicht voran.

Per 1. Januar 1912 errichten die bernischen Bezirksbeamten einen Unterstützungsfonds für Invalide, Witwen und Waisen in ihren Reihen. Weitere lückenhafte fürsorgliche Einrichtungen gibt es für die Hochschulprofessoren, Geistlichen, Lehrer und das Landjägerkorps. Für die grosse Masse des Staatspersonals besteht aber immer noch keinerlei Vorsorge für das Alter, die Invalidität oder im Todesfall für Hinterbliebene.

Der BSPV setzt sich seit seiner Gründung 1912 stark für die Schaffung einer sogenannten Hülfskasse ein. An der ersten Generalversammlung von 1913 bezeichnet Gastreferent Dr. Hermann Renfer, kommerzieller Experte des Eidgenössischen Versicherungsamtes in Bern, die Schweiz als rückständig in der Beamtenfürsorge. Als Vergleichsländer dienen unter anderem Deutschland, Österreich und Frankreich.

Nach dem Ersten Weltkrieg, am 15. Januar 1919, verabschiedet der Grosse Rat schliesslich ein Dekret über die Besoldung der Beamten und Angestellten der Staatsverwaltung. Am 30. September 1919 tritt das Bundesgesetz über die eidgenössische Hülfskasse in Kraft. Die Statuten dienen dem



*Aus der Hülfskasse entstanden: die Bernische Pensionskasse.*

kantonales Dekret als Vorbild. Dieses tritt per 1. Januar 1921 in Kraft. Noch im selben Monat tagt die Verwaltungskommission der kantonalen Hülfskasse zum ersten Mal. Der BSPV stellt vier Mitglieder als Personalvertreter. Die Mitglieder nehmen die Hülfskasse von Anfang an stark in Anspruch. Im ersten Jahr betragen die Auszahlungen 396'600 Franken.

Das Dekret von 1919 wird in den folgenden Jahrzehnten mehrmals einer Totalrevision unterzogen und 1994 schliesslich durch das Gesetz über die Bernische Pensionskasse (BPKG) ersetzt. Seither versichert die Bernische Pensionskasse (BPK) das Staatspersonal des Kantons Bern sowie die Mitarbeitenden der ihr angeschlossenen Arbeitgebenden im Rahmen der Zweiten Säule. Die BPK ist heute eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Vier Mitglieder des BSPV vertreten die Arbeitnehmenden in der Verwaltungskommission – genau gleich viele also wie in der Verwaltungskommission der Hülfskasse, als diese 1921 gegründet wurde.

### 1922

Die Vereinigung der christkatholischen Geistlichen tritt dem BSPV bei.

### 1922

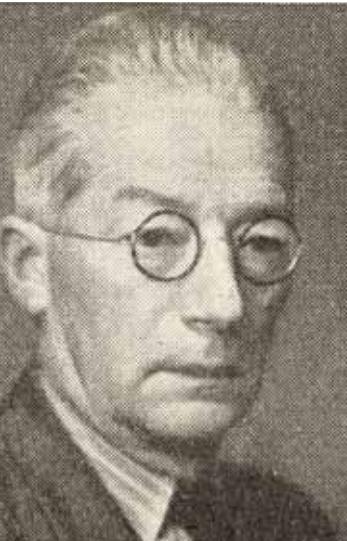
Der seeländische Wegmeisterverband tritt dem BSPV bei.

### 1922

Der BSPV feiert sein 10-jähriges Bestehen.

## Lebensstelle: Verbandssekretär für fast drei Jahrzehnte

Willy Luick wird 1923 erster vollamtlicher Sekretär – und bleibt es so lange wie kein zweiter.



Willy Luick.

An der Delegiertenversammlung von 1922 wird Willy Luick zum ersten hauptamtlichen Verbandssekretär gewählt. Er tritt die Stelle per 1. Januar 1923 an. Drei Jahre später schafft der SP-Politiker den Sprung in den Grossen Rat. Dort nimmt er sich insbesondere der «Hülfskassenfrage» an und ist ab 1924 Mitglied der Verwaltungskommission der Hülfskasse. Ab 1944 gehört er der einflussreichen Staatswirtschaftskommission an und präsidiert sie während vier Jahren auch. Insgesamt ist Luick Mitglied in nicht weniger als 19 grossrätlichen Kommissionen.

Willy Luick engagiert sich unter anderem im Bildungswesen. Er trägt 1923 massgeblich dazu bei, dass der BSPV als Trägerverband in die damalige Fortbildungsschule der bernischen Beamten- und Angestelltenverbände eingliedert wird, der späteren Berufsschule für Verwaltungsangestellte. Luick selbst wirkt während 21 Jahren in der Aufsichtsbehörde der Schule mit. Seine Dissertation

von 1929 thematisiert den beruflichen Nachwuchs der Schweiz.

Dr. Willy Luick «ging seinen geraden Weg», wie 1952 in seinem Nachruf in der Verbandszeitung zu lesen ist. Dass er in den 29 Jahren seiner Amtszeit ab und zu aneckt, besagt das Protokoll der Delegiertenversammlung von 1926: «Zwischen dem Vorstande und Hrn. Luick haben sich im Verlaufe der Zeit schwere Divergenzen ergeben, welche zum grössten Teile durch das schroffe Verhalten des Sekretärs hervorgerufen wurden [...]»

Dass Luick sich nicht scheut, für seine Überzeugungen einzustehen, zeichnet sich bereits früh ab. 1922 stellt er sich nach seiner Wahl der Delegiertenversammlung mit folgenden Worten vor: «Ich befinde mich von nun an in einer Kampfstellung, dessen bin ich mir durchaus bewusst.»

Am 27. Juni 1952 verstirbt Willy Luick im Amt.

### Dr. Willy Luick

Willy Luick erlernt zunächst ein Handwerk und arbeitet mehrere Jahre im Geschäft seines Vaters. Nach dem Studium der Volkswirtschaft ist er in der «Hülfsorganisation für Auslandkinder» tätig. 1923 wird Luick zum ersten vollamtlichen BSPV-Sekretär gewählt. 1926 schafft der SP-Politiker den Sprung in den Grossen Rat. 1952 erliegt Grossrat Dr. Willy Luick seiner schweren Krankheit.

## 1923

Dr. Willy Luick tritt sein Amt als Sekretär an. Das Sekretariat ist neu am Waisenhausplatz 6 in Bern.

## 1923

Über 200 Mitglieder müssen abgeschrieben werden, weil sie ihren Jahresbeitrag nicht bezahlt haben.

## Rechtsschutz: von der abgeschossenen Hauskatze bis zur Morddrohung

Am 19. Januar 1924 führen die Abgeordneten den Rechtsschutz ein. Ein folgenreicher Beschluss.

Als eine «segensreiche Institution» rühmt das BSPV-Sekretariat den Rechtsschutz im Jahresbericht 1924, im Jahr seiner Einführung. Gleichzeitig wird aber auch festgehalten, dass durch die neue Dienstleistung die Arbeitsbelastung im Sekretariat erheblich gestiegen ist. Und das sollte sich nicht so schnell ändern. Der Rechtsbeistand erhält in den Folgejahren eine stets grössere Bedeutung.

In dieser Anfangszeit beziehen sich die meisten Rechtsfälle auf Probleme im Anstellungsverhältnis, auf Arbeitsunfälle sowie Besoldungs- oder Besteuerungsfragen. Meist erledigt sich der Rechtsfall durch eine Auskunftserteilung. Die komplizierten Fälle, die den Beizug eines Anwalts erfordern, ereignen sich vornehmlich im Bildungs- und Justizbereich.

Auch heute noch nehmen die Mitglieder des BSPV den Rechtsschutz rege in Anspruch. Die Themen variieren dabei noch immer stark in ihrer Brisanz: von der unsachgemässen Bambuspflanzung im Pfarrgarten, vom Abschuss einer Hauskatze durch einen Wildhüter bis hin

zur Morddrohung eines Beamten gegenüber seinem Chef. Nicht selten gewährt der BSPV im selben Fall gleichzeitig dem Kläger und dem Beklagten Rechtsschutz – wenn beide Streitparteien Verbandsmitglieder sind.

Pro Jahr werden zirka zwanzig Fälle eröffnet. Die Kosten dafür belaufen sich auf rund 90'000 Franken. Seit 1943 werden die Kosten von der BSPV-Unterstützungskasse für notleidende Mitglieder gedeckt. Mit einem Kapital von 39'060.75 Franken ist die Stiftung damals gestartet. Heute beläuft sich das Vermögen auf über 1,2 Millionen Franken.

In mehr als der Hälfte aller bisherigen Auseinandersetzungen konnte der BSPV einen Erfolg verbuchen. Manchmal zieht sich die Fallerledigung über lange Jahre dahin, oft erledigt sich die Angelegenheit aber auch nach einer einmaligen Intervention.

Der starke Personalverband



**Erste Rechtshilfe und mehr!**

Wir beraten Sie gerne:  
[www.bspv.ch](http://www.bspv.ch), 031 311 11 66.

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

*BSPV-Werbeplakat:  
 Der Berufsrechtsschutz  
 ist für viele ein wichtiger  
 Beitrittsgrund.*

### 1923

Aus zahlreichen Untergruppen wird der kantonale Wegmeisterverband gegründet. Die Sektion stellt damals mit fast 500 Mitgliedern den grössten Unterverband dar.

### 1924

Der Rechtsschutz wird eingeführt und in zahlreichen Fällen beansprucht.

### 1924

Die Anstaltsgruppen Bellelay, Schwand-Münsingen, Trachselwald, Tessenberg, Thorberg, Witzwil und St. Johannsen treten dem BSPV bei.



*Die Rechtsberatung: Auch heute  
noch ein Kerngeschäft des BSPV.*

## Die Anstalten: Plötzlich wollen alle in den BSPV

Zwischen 1924 und 1927 gelingt eine beispiellose Mobilisierung des Anstaltspersonals. 1927 sind 100 % des Personals der Anstalt Bellelay im BSPV organisiert.



1925 ist im BSPV-Jahresbericht folgende Passage dem Anstaltspersonal gewidmet: «Das Personal der kantonalen Anstalten zerfällt nach dem Charakter der Anstalten in drei grosse Gruppen, d.h. in das Personal der Irrenanstalten, der Strafanstalten und der landwirtschaftlichen Schulen. Von ungefähr neunhundert Angestellten der kantonalen Anstalten ist zirka ein Drittel im Staatspersonalverband organisiert.»

1919 treten die Gruppen «Wartpersonal der drei staatlichen Irrenanstalten» und «Haus- und landwirtschaftliches Personal» dem BSPV bei. 1924 wird auch das Personal der Anstalt von Bellelay, die Untergruppe Thorberg sowie das Personal der Anstalten von Witzwil, Prêles/Tessenberg und St. Johannsen in den Verband aufgenommen.

Bereits 1927 vermeldet der BSPV-Jahresbericht: «Einhundert Prozent Organisationsgrad in Bellelay. Sämtliche Beamten, das definitiv angestellte Wartpersonal sowie sämtliche Handwerker gehören dem Verbands an.» Ein Organisationsgrad, der nicht mehr übertroffen werden kann.

### 1925

Der BSPV gelangt mit zwei Eingaben, die eine Erhöhung der Besoldungen anstreben, an den Regierungsrat. Die Verhandlungen verlaufen harzig.

*Schon früh im BSPV dabei: das Personal der Anstalten (linke Seite von oben: Hindelbank, Witzwil, Waldau/UPD, rechte Seite von oben: Bellelay um 1939, Münsingen, Prêles, St. Johannsen).*



Ebenfalls im Jahr 1927 verschmelzen die beiden Gruppen Wartpersonal sowie Haus- und landwirtschaftliches Personal zur Sektion Münsingen. Und die Untergruppe Heil- und Pflegeanstalt Waldau wird zusätzlich in den Verband aufgenommen, mit rund 50 Mitgliedern. In kürzester Zeit wächst das Anstaltspersonal zur festen Grösse im BSPV heran.

1958 folgen die Anstalten Hindelbank, und 2009 wird die aktuell jüngste Sektion des BSPV aufgenommen: das Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs des Kantons Bern (PSMV).

Heute existieren nach wie vor drei kantonale psychiatrische Kliniken: die ehemalige Waldau und heutigen Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD), das Psychiatriezentrum Münsingen (PZM) und die Klinik Bellelay. Im Gegensatz zu den Spitalangestellten sind die Mitarbeitenden dort noch immer Kantonsangestellte. Im Bereich Straf- und Massnahmenvollzug vertritt der BSPV heute die Interessen von weit über 300 Mitarbeitenden.

### 1925

Die Vereinigung der Landwirtschaftslehrer tritt dem BSPV bei.



*Seit 1924 im BSPV:  
das Personal der Anstalten Thorberg.*

## Unterstützungskasse: Hilfe für notleidende Mitglieder

Seit 1927 sind BSPV-Mitglieder, die unschuldig in Not geraten, nicht mehr sich selber überlassen. Der Verband steht ihnen finanziell zur Seite.

Es gibt weder eine Unfallversicherung noch eine Krankentaggeldversicherung, weder eine Invalidenversicherung noch die Altersvorsorge. Wir schreiben das Jahr 1927, als der BSPV für seine Mitglieder die Unterstützungskasse ins Leben ruft. Unterstützungsgelder sollen Mitgliedern oder ihren Angehörigen zukommen, wenn diese ohne eigenes Verschulden in Not geraten sind.

Die Abgeordnetenversammlung vom 31. März 1928 verabschiedet nach einigen redaktionellen Anpassungen einstimmig das erste Reglement der Unterstützungskasse. Durch private Zuwendungen, Überweisungen aus der Betriebsrechnung sowie durch Überschüsse der Staatspersonalzeitung summiert sich bis 1929 ein Dotationskapital von 20'000 Franken. Schon vorher werden einigen notleidenden Mitgliedern Darlehen von je 200 bis 500 Franken aus dem Verbandsvermögen gewährt.

Die Weltwirtschaftskrise kündigt sich an. 1930 verstärkt der BSPV nochmals seine Selbsthilfeeinrichtungen. Den Rechtsschutz und die Unterstützungskasse ergänzt



Auch heute wird die Unterstützungskasse des BSPV noch in Anspruch genommen.

er durch einen Solidaritätsfonds. 1940 besiegelt der Verband für seine Unterstützungskasse mit der Berner Kantonalbank ein Abkommen, welches Darlehen bis 3000 Franken ohne Bürgen gewährt. Sechs Jahre später wandelt er die Kasse in eine Stiftung um. Das Vermögen ist inzwischen auf über 40'000 Franken angewachsen.

Eine Anstellung beim Kanton schützt auch heute noch nicht in jedem Fall vor materiellen Engpässen. Nach wie vor wird die Unterstützungskasse in Anspruch genommen. 2011 erhält ein Mitglied ein rückzahlbares Darlehen. Das Stiftungsvermögen liegt heute bei über einer Million Franken. Daraus werden in erster Linie die Kosten des weit ausgebauten Berufsrechtsschutzes gedeckt.

### Solange alles normal läuft

Aus dem Jahresbericht 1955:  
«Die vom Stiftungsrat zu behandelnden Gesuche erhöhten immer wieder die Tatsache, dass die Besoldungen dann gerade ausreichen, wenn alles seinen normalen Verlauf nimmt. Sobald aber unvorhergesehene Fälle eintreten (langandauernde Krankheiten, Unglücksfälle, grosse Aufwendungen zur Ausbildung der Kinder usw.), die Mittel nicht mehr langen. So haben wir im Verlaufe des Jahres in sechs Fällen Fr. 585.– ausbezahlt.»

## 1927

Die Unterstützungskasse wird ins Leben gerufen.

## 1927

Aus rund 300 Einzelmitgliedern wird die Ortsgruppe Bern gegründet.

## 1927

In der Anstalt Bellelay beträgt der Organisationsgrad 100 %, d. h. jeder Mitarbeitende ist BSPV-Mitglied.

## Die Krisenjahre: Der Verband im Abwehrkampf

In den Dreissigerjahren sinken die Löhne der Kantonsangestellten infolge der Weltwirtschaftskrise zeitweise massiv.

Die 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise schlägt mit Härte auf das Staatspersonal durch. Ende 1931 erlässt der Regierungsrat einen generellen Stopp aller Besoldungserhöhungen.

Im Dezember 1932 genehmigt das Bundesparlament eine Gesetzesvorlage für den Lohnabbau beim Bundespersonal. Zwar wird dagegen das Referendum ergriffen, doch ohne die Abstimmung darüber abzuwarten, unterbreitet der bernische Regierungsrat seinerseits dem Grossen Rat eine Vorlage, die einen Lohnabbau von 7,5 Prozent bei den Kantonsangestellten vorsieht. Die Vorlage wird am 22. März 1933 in bloss leicht modifizierter Form verabschiedet – trotz Widerstand des BSPV, des Bernischen Lehrervereins und des vpod. Somit muss das bernische Staatspersonal im Jahr 1933 den grössten Lohnabbau seiner Geschichte hinnehmen: minus 7 Prozent! Verkraftbar nur deshalb, weil gleichzeitig die Preise deutlich sinken.

Dass das eidgenössische und das kantonale Parlament mit ihren Abbaumassnahmen über das Ziel hinausgeschossen haben, zeigt die nationale Referendumsabstimmung vom



Der BSPV kämpft gegen weitere Sparübungen: Auszug aus der Staatspersonalzeitung der Dreissigerjahre.

28. Mai 1933. Das Schweizer Volk verwirft die Lohnabbauvorlage des Bundes wuchtig, im Kanton Bern mit 93'862 zu 56'571 Stimmen.

Nun geht es darum, den angerichteten Schaden für die Staatsangestellten zu mindern. Auf Bundes- wie auf Kantonsebene kommt es doch noch zu einvernehmlichen Abbauvorlagen. Im Kanton Bern einigen sich die Sozialpartner darauf, den Lohnabbau ab 1. Januar 1934 auf zwei Jahre zu befristen.

Von 1929 bis 1939 nimmt der Landesindex der Lebenshaltungskosten von 100 auf 85,7 Punkte ab. Der Reallohnindex legt in derselben Zeitspanne auf 116,7 Punkte zu. Insgesamt bleibt der Lohnabbau dieser Jahre für die Staatsangestellten einigermaßen erträglich, gerade auch im Vergleich zur Privatwirtschaft. Im schwierigen Abwehrkampf schlägt sich der BSPV beachtlich.

### 1933

Das Staatspersonal muss einen Reallohnabbau von 7 % hinnehmen.

### 1934

Der Kanzleipersonalverband tritt dem BSPV bei.

### 1935

Das 1. kantonale Finanzprogramm wird angenommen. Der BSPV hat dieses stark unterstützt, weil vorgesehen war, die Löhne für 2 Jahre nicht anzutasten.

## Langjährigstes Mitglied: «Gibt es denn heute solche, die nicht eintreten wollen?»

1938 tritt Hans Zaugg aus Belp dem BSPV bei. Im Jubiläumsjahr 2012 ist er das langjährigste Verbandsmitglied.



Hans Zaugg.

**Herr Zaugg, warum sind Sie 21-jährig dem BSPV beigetreten?**

Ich war damals Aktuar am Richteramt Belp, also Gerichtsschreiber ohne Patent, im Grunde der Schreiber des Gerichtspräsidenten und des Regierungsstatthalters im Amt Seftigen. Der damalige Verbandssekretär Dr. Willy Luick hat mich dann auf den BSPV angesprochen. Und ich habe mir gedacht: Das ist eine gute Sache, da machst du mit. Warum auch nicht? Mein Vater war Briefträger und Mitglied der Briefträgergewerkschaft. Obwohl er ein Freisinniger war. Und ich bin dann auch freisinnig geworden. Allerdings links-freisinnig, nicht kapital-freisinnig.

**Welche Erwartungen hatten Sie an den Verband?**

Gemeinsam mit dem Verband wollte ich für mehr Ferien und höhere Löhne kämpfen. Das brachte mich in den Clinch mit meinen freisinnigen Parteikolleginnen und -kollegen. «Ihr mit euren sozialen Voten», hiess es



*Hans Zaugg mit Bundesrat Rudolf Gnägi (2. v. r.) an der Feier «100 Jahre Militärverwaltung Bern».*

dann. Darauf habe ich gesagt: «Ja, was meint ihr denn, wie man auskommen soll? Schulgeld, Zahnarztkosten und so weiter. Und das für vier Kinder.»

**Sie haben dann im Kriegskommissariat gearbeitet.**

**Wie kam es dazu?**

Auf die Stelle des Adjunkten haben sich 200 Bewerber gemeldet – darunter Juristen, Lehrer und Kaufleute. Doch ich war der einzige, der das Zehnfingersystem auf der Schreibmaschine beherrschte und 220 Silben stenographiert hat – das ist ungefähr so schnell, wie ein „Schnellschnurri“ spricht. Als Kriegskommissär war ich dann für die beiden Berner Kasernen und die beiden Zeughäuser zuständig. Zudem hatte ich das Transportwesen der Berner Regierung und Militärverwaltung unter mir: 150 Personen, den mobilen Betrieb, 100 Leihautos, sieben Chauffeure.

## 1937

Der BSPV feiert sein 25-jähriges Bestehen. Es erscheint eine Festschrift.

## 1938

Hans Zaugg tritt 21-jährig dem BSPV bei. 2012 wird er das langjährigste Verbandsmitglied sein.

### Haben Sie spezielle Erinnerungen an diese Zeit?

Ich durfte die Feier «100 Jahre Militärverwaltung Bern» organisieren. Da habe ich Bundesrat Gnägi getroffen. Auch war ich mit meiner Gattin am 90. Geburtstag von Madame de Meuron auf Schloss Rümligen eingeladen. Ich war damals Ordonnanzoffizier und sie war enttäuscht, dass ich meine Uniform nicht trug. Ich erklärte ihr, dass ich dafür eine Bewilligung von der Militärdirektion gebraucht hätte und dass sie mir diese wohl kaum wegen eines Geburtstagsfests ausgestellt hätte. Darauf sagte sie: «Das ist aber eine blöde Armee.»

### Wie ging es den Angestellten des Kantons Bern nach den Kriegsjahren?

Ich habe immer grossen Wert darauf gelegt, dass ich Beamter und nicht Angestellter war. Es reut mich heute noch, dass man dies geändert hat. Das ist eine Herabstufung! Mit dem Lohn war ich an und für sich zufrieden. Es war gerade so viel, dass es für das Schulgeld unserer vier Kinder gereicht hat. Wir hatten damals nur vierzehn Tage Ferien. Davon habe ich jeweils eine Woche Landdienst auf einem Bauernhof verrichtet. So blieb nur noch eine Woche. Mit dem Verband haben wir dann für eine dritte Ferienwoche gekämpft.

### An welchen Erfolg oder Misserfolg des BSPV erinnern Sie sich am besten?

Wir haben in den Jahren vieles erreicht. Früher mussten wir beispielsweise jeden Samstag arbeiten, sogar am



Hans Zaugg an seinem Arbeitsplatz.

Nachmittag. Da ging viel vom Familienleben verloren. Nach langem Kampf wurde diese Samstagswerkerei dann endlich abgestellt. Etwas vom Wenigen, das der Verband nie erreicht hat, war die Wahlberechtigung der kantonalen Beamten für den Grossen Rat. Ich hätte gerne kandidiert und auch gute Wahlchancen gehabt.

### Sie waren politisch ja sehr aktiv.

Ich war Gemeindepräsident von Belp – zuerst ein Jahr de facto, als Ersatz für meinen schwerkranken Vorgänger, dann de jure. Drei Parteien wollten danach meine Amtszeit verlängern, aber ich wollte nicht. Mein Vorgänger war wohl auch wegen des vielen Stresses im Amt gestorben. Ich bin zum Glück rechtzeitig ausgestiegen.

### Was würden Sie einem jungen Kantonsangestellten raten? Soll er in den Verband eintreten?

Selbstverständlich muss er eintreten! Da gibt es gar nichts anderes. Das hat mit Kollegialität zu tun. Auch das Reinigungspersonal ist organisiert, da sollten wir es doch ebenso sein. Gibt es denn solche, die nicht eintreten wollen? Also, ich wäre heute noch ein guter Werber ...

### Hans Zaugg: 74 Jahre Mitgliedschaft

*Hans Zaugg wurde am 12. Juli 1917 in Belp geboren. Am 17. März 1938 ist er im Alter von 21 Jahren in die Sektion Vereinigung Bernischer Ortsgruppen (VBOG) des BSPV eingetreten. Im Jubiläumsjahr ist er das Mitglied mit der längsten Beitragsdauer. Er engagierte sich im Verband als Werber und war fast 30 Jahre lang Protokollführer. Hans Zaugg ist Vater von vier Kindern, vielfacher Gross- und Urgrossvater. Heute lebt Hans Zaugg in der Alterswohngemeinschaft «Vier Jahreszeiten» in Belp.*

## 1939

An der Abgeordnetenversammlung wird der Antrag auf Wahl einer Frau in den Zentralvorstand abgelehnt.

## 1940

Die Abwarte und das technische Hilfspersonal schliessen sich zu einem Unterverband zusammen und stellen ein Aufnahme gesuch an den BSPV.

## 1940

BSPV-Sekretär Willy Luick muss 3 ½, sein Angestellter 7 ½ Monate Aktivdienst leisten. Dringende Verbandsarbeiten müssen dazwischen erledigt werden. Mitglieder der Geschäftsleitung springen ein.

## Rentner: Ewiger Kampf für den Teuerungsausgleich

Die Pensionierten, die immer zahlreicher werden im Verband, gründen 1942 eine eigene Vereinigung. Oberstes Ziel: die Teuerungszulage auf den Renten.

Im Januar 1942 organisieren sich die über 400 Rentnerinnen und Rentner des BSPV in der Rentnervereinigung des Staates Bern. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, rentnerspezifische Probleme zu diskutieren, Begehren zu formulieren und diese der Verbandsleitung zur Prüfung und Weiterleitung an die Behörden zu unterbreiten. Oberstes Ziel der Pensionierten ist damals wie heute: die Teuerungszulage auf den Renten.

Bei seiner Gründung 1912 zählt der BSPV keine berenteten Mitglieder. Erst am 4. November 1922 beschliesst der Vorstand, der Abgeordnetenversammlung eine entsprechende Statutenrevision vorzuschlagen, so «dass es inskünftig auch den pensionierten Staatsfunktionären möglich sein wird, nach erfolgter Pensionierung dem Verbands weiter anzugehören». Die Abgeordneten stimmen der Statutenrevision am 11. November 1922 zu. Der Jahresbeitrag für pensionierte Mitglieder wird auf fünf Franken festgelegt. Allerdings werden die Pensionierten erst im Bericht für



das Jahr 1926 separat ausgewiesen. Ende 1926 zählt die Rentnervereinigung bereits 133 Mitglieder.

Heute sind rund 1800 Rentnerinnen und Rentner im BSPV organisiert – Tendenz stetig steigend. Noch heute kämpft die Vereinigung für den Teuerungsausgleich auf den Renten.

*Das Gesellige darf nicht fehlen: Herbstausflug der Rentnervereinigung aufs Stanserhorn im Jahr 2011.*

### «Im Staatsdienst ergraute Männer»

*Der Gründungsakt der Rentnervereinigung ist in der Staatspersonalzeitung vom Februar 1942 wie folgt dokumentiert: «Es war am 21. Januar nachmittags, als sich auf erfolgte Einladung durch den Vorstand des B.S.P.V. 54 Pensionierte des bernischen Staatsdienstes, fast ausschliesslich alte, im Staatsdienst ergraute Männer, dazu noch einige Rentnerinnen, im 1. Stock des Restaurants zur Schmiedstube in Bern einfanden, um gemeinsam die Mittel zur Abwehr einer ihnen drohenden Notlage zu besprechen. Es wurde dabei insbesondere hervorgehoben, dass durch die Aufhebung des im Jahre 1936 verfügten Abbaues der Renten, wohl den Bezüglern höherer, nicht aber den Bezüglern niedriger Renten geholfen wäre, daher zur Abwehr der drohenden Notlage ein anderer Ausweg in Form von Teuerungszulagen gesucht werden müsse.»*

## 1942

Der BSPV feiert sein 30-jähriges Bestehen.

## 1942

Das pensionierte Staatspersonal gründet die Rentnervereinigung des Staates Bern.

## Bildung: Die Universitätsdozenten organisieren sich

Dozenten der Universität Bern beschliessen im Frühjahr 1946 die Gründung eines Vereins und den Beitritt zum BSPV.

Auf die Initiative der Dekane der theologischen und der veterinärmedizinischen Fakultät werden die besoldeten Dozenten der Universität Bern am 8. Mai 1946 zu einer Versammlung zusammenberufen. Aus der Versammlung geht die Gründung eines Hochschuldozentenvereins hervor. Gleichzeitig beschliessen die anwesenden Dozenten den Beitritt zum BSPV. Die konstituierende Versammlung des Vereins findet dann am 12. Juli 1946 statt. Die Anwesenden stimmen dem Statutenentwurf zu und wählen den definitiven Vorstand. Prof. F. E. Lehmann wird zum Präsidenten ernannt, Prof. A. Alder zum Vizepräsidenten. Zu dieser Zeit zählt der Hochschuldozentenverband bereits 44 Mitglieder.

An der ordentlichen Abgeordnetenversammlung vom 19. April 1947 im Restaurant Bürgerhaus in Bern wird der Hochschuldozentenverein dann einstimmig in den BSPV aufgenommen. Ende des Jahres kann der Verein bereits 47 Mitglieder ausweisen.

Im ersten Jahr nach seiner Gründung gelangt der Vorstand der Hochschuldozenten mit einem Entwurf eines Besoldungsdekrets an den damaligen Erziehungsdirektor, Regierungsrat M. Feldmann. Erfolgreich, wie im Jahresbericht des BSPV von 1946 zu lesen ist: «Der Entwurf des Besoldungsdekretes der kant. Erziehungsdirektion ist unter weitgehender Berücksichtigung der Wünsche sowohl unseres Verbandes als auch derjenigen des Senats zustande gekommen und vom Grossen Rat am 26. November 1946 gutgeheissen worden. Das Dekret bringt gegenüber den bisherigen Verhältnissen einige

wesentliche Verbesserungen und gestattet eine wirksamere Förderung unseres einheimischen akademischen Nachwuchses.»

Im Jubiläumsjahr 2012 feiert der Universitätsdozentenverein sein 65-jähriges Bestehen, bei einem aktuellen Mitgliederbestand von 97 Aktiven und 56 Rentnerinnen und Rentnern (Stand: 31. Januar 2012). Der amtierende Rektor der Universität Bern, Prof. Martin Täuber, zählt ebenfalls zu den Mitgliedern.

### Viele Bildungsvertreter im BSPV

*Von Anfang an zählt der BSPV viele Vertreterinnen und Vertreter des Bildungssektors zu seinen Mitgliedern.*

<i>Name Untergruppe im Beitrittsjahr</i>	<i>Beitrittsjahr</i>	<i>Aktueller Name der Sektion</i>
Lehrerverein	1918	—
Verein bernischer Landwirtschaftslehrer	1925	Verein der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft des Kantons Bern
Schule Schwand-Münsingen	1927	—
Technikumslehrer zuerst von Biel, dann von Burgdorf und später von St. Immer	1929	Dozierende Berner Fachhochschule
Hochschulassistenten-Verband	1946	—
Hochschuldozentenverein	1947	Universitätsdozierendenverein
Verband kantonal-bernischer Seminar- und Kantonsschullehrer	1948	Gym_Bern
Schulinspektoren der Volksschule	1953	Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren des Kantons Bern
Bezirksberufsberatende	1978	Vereinigung Fachpersonen der Berner Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
Bibliotheksangestellte Kanton Bern	2006	Bibliotheksangestellte Kanton Bern

*An der Abgeordnetenversammlung 2012 wird voraussichtlich die neu gegründete Sektion Personal der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) in den BSPV aufgenommen.*

1946

Der Hochschulassistentenverband tritt dem BSPV bei.

1947

Die Hochschuldozenten treten dem BSPV bei.

1947

Die Unterförster treten dem BSPV bei.



## Vernetzung kantonal: Beamte und Lehrer stehen zusammen

Rund zehn Berner Personalverbände schliessen sich 1948 zu einem Kantonskartell zusammen. Der BSPV tritt ein Jahr darauf bei.

Im Frühjahr 1949 tritt der BSPV dem Kantonskartell bernischer Angestellten- und Beamtenverbände bei. Erst im Vorjahr gegründet, kann das Kartell bereits einen ersten Erfolg ausweisen: Das Stimmvolk hat eine Steuergesetznovelle angenommen, für die sich das Kartell starkgemacht hat.

BSPV-Mitglied Karl Baumann nimmt als Vizepräsident Einsitz in den Kartellvorstand. Das Kantonskartell entfaltet in den Fünfzigerjahren eine umfangreiche Wirkung. Im Mai 1950 werden zehn Vertreter des Kartells in den Grossen Rat gewählt. Die politischen Akteure erkennen rasch die grosse Bedeutung des Kartells: An der Delegiertenversammlung 1953 in Biel sind nebst zwei Regierungsräten auch zehn Grossräte und drei Bieler Gemeinderäte anwesend. Politisch ist die Angestelltengruppe des Grossen Rates breit abgestützt. 1954 gehören ihr sieben Freisinnige an, fünf Mitglieder der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und vier Sozialdemokraten. Mit besonderem Stolz wird im Jahresbericht 1955 vermerkt, dass KV-Präsident Reynold Tschäppät den



*Wahlempfehlung von angestellte bern im Jahr 2011.*



*Gemeinsame Initiative der Berner Personalverbände BSPV, LEBE und vpod.*

Grossen Rat, BSPV- und KV-Mitglied Robert Bauder den Regierungsrat und BSPV-Präsident Otto Peter das Obergericht präsidierten.

1964 tritt das Kantonskartell der «Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände» (VSA) bei. Diese umfasst zur Blütezeit fast 150'000 Mitglieder. Die VSA nimmt Stellung zu wichtigen Fragen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie rund um Arbeitsbedingungen und den Arbeitsmarkt. Später ist das Kantonskartell, das sich ab 1973 «Vereinigung bernischer Angestelltenverbände» (VBA) nennt, wieder aus der VSA ausgetreten. Seither sind die Berner keiner nationalen Organisation mehr verpflichtet, sondern arbeiten auf kantonaler Ebene in wichtigen Gremien mit. An der Delegiertenversammlung vom 13. Juni 2003 gibt sich die VBA einen neuen Namen: «angestellte bern». Heute präsidiert BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter die Angestelltenvereinigung.

### Aktuelle Mitglieder

*In angestellte bern sind heute folgende Verbände mit rund 35'000 Mitgliedern organisiert: Bernischer Staatspersonalverband (BSPV), Fachleute Geomatik Schweiz Sektion Bern (FGS), Kaufmännischer Verband Kanton Bern (KV Bern), Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE), Laborpersonalverband Bern (LVB), Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Sektion Bern (SBK), Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO Bern).*

## 1947

Mit Gertrud Schwarz wird erstmals eine Frau in den Zentralvorstand gewählt.

## 1948

Der Verband der kantonal-bernischen Seminar- und Kantonsschullehrer tritt dem BSPV bei.

## Karl Geissbühler: Wirkungsvolle Standespolitik

Am 1. März 1953 wird Nationalrat Karl Geissbühler nach einer Kampfwahl zum Sekretär des BSPV ernannt. Bis heute ist er der prominenteste Sekretär in der Verbandsgeschichte.

An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung gewinnt Lehrer Karl Geissbühler die Wahl zum Verbandssekretär und tritt damit die Nachfolge von Willy Luick an, der das Sekretariat während 29 Jahren geleitet hat.

Mit viel Energie kämpft Sekretär Geissbühler in der Folge für den Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen. Als Mitglied der Personalkommission bereitet er die Neuordnung der Ämterklassifikationen vor. Mit einem Vorstoss fordert er drei Wochen Ferien für alle und für die Pensionierten setzt er sich in der Verwaltungskommission der Versichertenkasse ein.

Durch das starke Wirtschaftswachstum verfügt die öffentliche Hand über zunehmende Mittel, sodass Geissbühler etliche standespolitische Begehren durchsetzen kann. 1958 gewährt der Regierungsrat dem Staatspersonal einen Teuerungsausgleich von 11 Prozent. Ab 1960 hat das Personal alternierend jeden zweiten Samstag frei. 1961 erreicht der Verband eine Realloohnerhöhung um vier Prozent und einen Teuerungsausgleich von zwölf Prozent.



*Karl Geissbühler.*

Unter dem Motto «Kampf um jede Minute» setzt sich der BSPV unter Karl Geissbühler 1962 für die Einführung der Fünftageweche und die Revision der Ferienverordnung – unter anderem für eine dritte Ferienwoche ab dem ersten Dienstjahr – ein. Der Regierungsrat lehnt die Fünftageweche zwar ab, nimmt dafür den Ferienantrag zu Teilen an.

Ebenfalls 1962 feiert der Verband sein 50-jähriges Bestehen. Eine Festschrift erscheint. Dem Verband geht es finanziell gut: 1963 erwirbt er die Liegenschaft Postgasse 60 in Bern, wo sich seit 1984 das Sekretariat befindet.

1967, mit 70 Jahren, gibt Karl Geissbühler die Sekretariatsleitung ab. In seiner Amtszeit, getragen vom Wirtschaftswachstum und von standespolitischen Erfolgen, wächst der Verband von 4137 auf 5425 Mitglieder an. Bis heute ist Geissbühler der prominenteste Verbandssekretär in der langen Geschichte des BSPV.

### **Karl Geissbühler**

*Karl Geissbühler wird 1897 in Merzligen geboren. Er arbeitet zunächst als Lehrer in Wabern. Als Zwanzigjähriger tritt er der Sozialdemokratischen Partei bei. Im Könizer Gemeinderat steht er der Finanzverwaltung vor. 1926 wird er in den Grossrat gewählt, den er 1947/48 präsidiert und dem er bis 1970 angehört. Von 1946 bis 1953 leitet er in Lausanne die Schweizerische Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus. 1947 folgt seine Wahl in den Nationalrat, dem er bis 1967 angehört. 1953 übernimmt er die Leitung des BSPV-Sekretariats und führt dieses während 14 Jahren bis 1967.*

## 1952

Der BSPV feiert sein 40-jähriges Bestehen.

## 1953

Karl Geissbühler tritt die Nachfolge von Willy Luick an und wird neuer Verbandssekretär.

## 1953

Die Vereinigung bernischer Schulinspektoren der Volksschule tritt dem BSPV bei.

## Max Graf: Der Präsident der Hochkonjunktur

Von seinem Vorgänger Otto Peter übernimmt Max Graf 1961 das Präsidentenamt – und behält es für 17 Jahre.



Max Graf.

Der am 13. Februar 1913 geborene Max Graf tritt 1943 als junger Polizeioffizier dem BSPV bei. Nach einigen Jahren als Abgeordneter der Untergruppe Bezirks- und Kreisbeamte wird er 1961 48-jährig zum Verbandspräsidenten gewählt. Als Gerichtspräsident und als Mitglied der FDP vereint er zwei Merkmale, die bereits seinen Vorgänger Otto Peter ausgezeichnet hatten. Peter ist mit 41 Jahren Präsidentschaftszeit kaum zu übertreffen. Doch auch Max Graf sorgt weiterhin für Kontinuität und bleibt 17 lange Jahre Präsident des BSPV.

Schon im ersten Präsidentschaftsjahr stehen die Vorbereitungen für das 50-jährige Jubiläum des Verbandes an. Zu dessen Durchführung wird ein Komitee unter der Leitung von Karl Baumann, Vizepräsident des BSPV, eingesetzt. Im Jubiläumsjahr 1962 erscheint das Buch «50 Jahre Bernischer Staatspersonalverband». Auszüge daraus werden in der Staatspersonalzeitung abgedruckt. Am 22. September 1962 findet im Berner Kursaal dann ein grosses Jubiläumsfest statt.

### 1958

Das Personal der Anstalten Hindelbank tritt dem BSPV bei.

### 1961

Max Graf tritt die Nachfolge von Otto Peter an und wird neuer Verbandspräsident.

### 1962

Der BSPV feiert sein 50-jähriges Bestehen. Es erscheint eine Festschrift.



Der Abschied: Max Graf an der Abgeordnetenversammlung vom 29. April 1978.

Die späten Sechzigerjahre sind gezeichnet durch eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Hochkonjunktur. 1965 fällt der Bundesrat einen Beschluss über Konjunkturdämpfungsmassnahmen. Ein solches Szenario eines überhitzten Wachstums und allgemeinen Aufschwungs ist heute kaum mehr denkbar. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Amtszeit von Max Graf nicht von Protesten und Aktionen geprägt ist, sondern vom Streben nach Kontinuität und gedeihlicher Entwicklung. Massive Lohnzuschläge und die Gewährung des 13. Monatslohns im Jahr 1972 widerspiegeln diese Zeit des Aufschwungs. Am 10. Februar 1971 wird Gerichtspräsident Max Graf zum Oberrichter gewählt.

1975 führt die Ölkrise dann zu grosser Verunsicherung und zahlreichen Anfragen von Mitgliedern beim Verbandssekretariat. Die Zeit der materiellen Verbesserungen geht Ende der 70er Jahre bei der Amtsübergabe von Max Graf an Ueli Hofer dem Ende zu.

Bei seinem Abschied an der Abgeordnetenversammlung vom 29. April 1978 wird Max Graf zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der Verband ist damals 66 Jahre alt und der Jura steht nach dem positiven Volksentscheid vom 24. September kurz vor der Kantonsgründung. Der Mitgliederbestand ist auf über 7000 gewachsen und steht vor dem Höhepunkt (1984). Max Graf ist dem BSPV insgesamt 55 Jahre lang treu geblieben.



*Unter Verbandspräsident Max Graf und Sekretär Karl Geissbühler feiert der BSPV 1962 mit einem grossen Fest sein 50-jähriges Bestehen.*



## Postgasse 60: Der Verband kauft eine Liegenschaft

Der Kauf der Liegenschaft an der Postgasse 60, nahe des Rathauses und nahe der Verwaltung, ist ein weiser Schachzug des BSPV.

Am 4. April 1963 unterzeichnen Verbandspräsident Max Graf und Sekretär Karl Geissbühler den Kaufvertrag für das Altstadthaus an der Postgasse 60 in Bern. Der amtliche Mietwert beträgt 172'300 Franken, der Kaufpreis an das Besitzer-ehepaar Brogli stattliche 600'000 Franken. Eine mutige Investition.

Der beabsichtigte Abriss und Neubau stellt sich als teurer heraus als angenommen und verzögert sich deshalb. Das Protokoll der Abgeordnetenversammlung weist die Schuld dafür den Konjunkturdämpfungsmassnahmen zu. 1965 vermietet der BSPV die Liegenschaft vorerst für zehn Jahre an einen Gewerbebetrieb. Erst 1982 beginnt der zweijährige Umbau durch den Architekten Poul Ellnegard. Die städtische Denkmalpflege sorgt dafür, dass die wertvolle alte Bausubstanz erhalten bleibt. Die Renovation wird durch den Verkauf der drei Obergeschosse finanziert. Das Erdgeschoss und das erste Obergeschoss bleiben im Verbandsbesitz. Am 12. Oktober 1984 – also über zwanzig Jahre nach dem Kauf – bezieht das Sekretariat des BSPV das erste Obergeschoss der frisch renovierten Liegenschaft Postgasse 60. Die bisher letzte Station der heutigen Geschäftsstelle.

Vor dem Umzug an die Postgasse war das Verbandssekretariat an drei verschiedenen Standorten in Berns Innenstadt domiziliert: Ab 1923 gibt es erstmals ein vollamtlich geführtes Verbandssekretariat. Es wird von Willy Luick geführt und befindet sich am Waisenhausplatz 6 im 3. Stock. Schon bald steigen die Ansprüche



Altes Büro an der Kramgasse.



1984: Umzug an die Postgasse.

an den Platz – erst mit dem Anwachsen der Archivbestände, dann mit dem Bedarf an zusätzlichem Personal. 1930 folgt der Umzug an die Marktgasse 50, auch dort im 3. Stock. Im November 1946 werden dann neue Räume an der Kramgasse 70 Bern bezogen. Dort bleibt das Sekretariat während 38 Jahren.

### Vom Nebenamt zum politischen Vollzeitamt

*Im April 1917 beschliesst die Generalversammlung des BSPV, ein ständiges Verbandssekretariat einzurichten. Die Gründung wird am 1. Juli desselben Jahres vollzogen und als Verbandssekretär der damalige Präsident Arnold Raaflaub berufen. Die Geschäftslast wird aber ständig grösser, allein schon durch die stark steigende Anzahl der Mitglieder. Die Delegierten beschliessen an ihrer Versammlung vom Dezember 1920 deshalb, dass der BSPV in Zukunft ein hauptamtliches Sekretariat brauche. Sie wählen den Fürsprecher Seelhofer zum Sekretär. Daneben bleibt dieser nach wie vor als Rechtsanwalt tätig. Auch diese Lösung vermag nur kurze Zeit zu genügen. 1923 wird dann Dr. Willy Luick zum ersten vollamtlichen Sekretär des Verbands ernannt – und bleibt dies für fast dreissig Jahre.*

*Der BSPV ist heute der einzige Kantonspersonalverband mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle.*

## 1963

Der BSPV kauft für 600'000 Franken die Liegenschaft an der Postgasse 60 in Bern.

## 1963

An der Abgeordnetenversammlung vom 27. April werden die Untergruppen Technikum St. Immer, Kantonal-bernischer Wildhüterverband sowie Hilfslehrer an den Seminaren in den BSPV aufgenommen.

## 1963

Der Regierungsrat lehnt die vom BSPV eingereichte Eingabe für die Einführung der 5-Tage-Woche ab, kommt dem Personal aber bei der Revision der Ferienverordnung entgegen.



BSPV

ZONA

*Die Geschäftsstelle des BSPV  
befindet sich seit 1984 an der  
Postgasse 60 in Bern.*

## Vater und Sohn: Die Meyers und der BSPV

Meyers gibt es viele. Auch im BSPV.  
Zwei von ihnen, Vater und Sohn, prägten  
und prägten den BSPV besonders.



Vater Kurt Meyer.

Dass sich die BSPV-Mitgliedschaft von den Eltern auf die Kinder überträgt, kommt häufig vor – meist vom Vater zum Sohn. Wie im Fall von Kurt und Markus Meyer, zwei besonders prominenten Verbandsvertretern. Es ist im Jahr 1964, als Kurt Meyer dem BSPV beiträgt. Jeder Beitritt ist wichtig für den Verband. Doch dieser Beitritt sollte es besonders in sich haben – auch deshalb, weil bereits im Jahr darauf Sohn Markus zur Welt kommt.

1976 wird Kurt Meyer in den Berner Regierungsrat gewählt, dem er bis 1990 angehören wird. Als Gesundheits- und Fürsorgedirektor beweist Kurt Meyer immer wieder, dass sein Herz für das Staatspersonal schlägt. Er setzt beispielsweise die Zeitschrift für das Pflegepersonal durch. Dies nach harten politischen Auseinandersetzungen, die in einer von den Personalverbänden organisierten nächtlichen Demonstration auf dem Bärenplatz in Bern gipfelt, bei welcher Kurt Meyer wirkungsvoll das Wort ergreift.

Markus Meyer wiederum ist seit 1998 einer der aktivsten und profiliertesten Grossräte des Kantons Bern und seit 2001 Mitglied des BSPV. 2002 übernimmt Markus Meyer das Präsidium des Polizeiverbands Bern Kanton PVBK – der grössten Sektion des BSPV. Polizistinnen und Polizisten sind selbstbewusst. Sie leisten viel und fordern ihre Rechte ein. Nach jahrelangem Kampf, der in der symbolischen Verhaftung des bernischen Regierungspräsidenten am Tage der BEA-Eröffnung gipfelt, gelingt es dem PVBK unter der Führung von Markus Meyer, nun auch eine Zeitschrift für Polizistinnen und Polizisten zu erzwingen. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Markus Meyer hat zwei Töchter und einen Sohn, Kurt Meyer insgesamt sechs Enkelkinder. Die Chancen stehen gut, dass auch eine nächste Meyer-Generation den BSPV und den Kanton Bern prägen wird.



Sohn Markus Meyer.

### 1964

Ohne ein Wort der Begründung treten alle 22 aktiven Mitglieder der Sektion Moutier des kantonal-bernischen Wegmeisterverbands aus dem BSPV aus. Der Verband vermutet Druck von oben.

### 1965

Die Besoldungsneuordnung tritt in Kraft. Das Staatspersonal erhält eine Reallohn-erhöhung von 6 % und eine Teuerungszulage von 3,5 %.

### 1965

Die Wegmeister der Autobahn bilden neu eine eigene Gruppe und schliessen sich dem BSPV an.

## Strassenmeisterverband: Der Oberschicht ausgeliefert?

Aus den Wegmeistern werden Strassenmeister und 1966 kommen auch noch die Autobahnwegmeister hinzu.

Wie sich der Strassenverkehr in der Schweiz verändert hat, lässt sich auch anhand der verschiedenen Gruppen ablesen, die dem BSPV angehört haben und teilweise immer noch angehören. Am 23. April 1966 nehmen die Abgeordneten die Gruppe der Autobahnwegmeister im BSPV auf, die heutige Sektion «Unterhalt Autobahn». Erst drei Jahre zuvor war die erste offizielle Autobahn der Schweiz gebaut worden: das Teilstück der A1 zwischen Genf und Lausanne. Autobahnen verkörpern wie kaum andere Bauwerke den Fortschritt. Die Schweiz befindet sich in einer langen Phase der Hochkonjunktur und in Aufbruchstimmung.

Bereits 1919 treten einige Sektionen von Wegmeistern dem BSPV bei. Obwohl sie zahlenmässig sehr stark sind, zögern sie lange, dem BSPV beizutreten. Sie fürchten, als einfache Arbeiter unter dem bessergestellten Staatspersonal kein Gehör zu finden. In der Festschrift zum 25-Jahre-Jubiläum des BSPV heisst es dazu: «Bei einer Organisation von Vorgesetzten und Arbeitern, von Beamten und untergeordneten Angestellten wird es als selbstverständlich angenommen, dass in erster Linie die Interessen der Oberschicht gewahrt werden müssen.» Trotz dieser Bedenken schliessen sich am 10. März 1923 die zahlreichen Untergruppen zu einem kantonalen



*Die Strassenmeister reichen im März 2011 eine Petition für faire Zeitgutschriften ein.*

Wegmeisterverband zusammen. Ende desselben Jahres gehören 477 von den damals insgesamt 2217 BSPV-Mitgliedern dem Wegmeisterverband an.

Aus den Wegmeistern wurden die Strassenmeister. Der Strassenmeisterverband ist heute in vier regionale Untergruppen aufgeteilt. Insgesamt vertritt der BSPV die Interessen von fast 300 Strassenmeisterinnen und Strassenmeistern. Die Sektion Unterhalt Autobahn zählt heute 55 Mitglieder. Es ist eine reine Männersektion.

Heute kämpfen die Strassenmeister für faire Zeitgutschriften bei Feiertags-, Nacht- und Wochenendeinsätzen. Im März 2011 gelangen sie mit einer entsprechenden Petition an den bernischen Regierungsrat. Ein Erfolg mit positiven Auswirkungen auf das gesamte Kantonspersonal.

## 1966

Alle Berner Personalverbände fordern den vollen Teuerungsausgleich von 5%. Der Regierungsrat lehnt ab, der Grosse Rat hingegen stimmt dem Anliegen zu.

## 1966

BSPV und vpod fordern in einer gemeinsamen Eingabe drei Wochen Ferien ab dem ersten Dienstjahr und fünf Wochen ab dem 55. oder 58. Altersjahr für das Staatspersonal. Das Begehren wird abgelehnt.



*Aus den Wegmeistern  
wurden Strassenmeister.*

## Ernst Bircher: Einsatz auf Kantons- und Bundesebene

Im Jahr 1967 wird Ernst Bircher zum BSPV-Verbandssekretär – und kurz darauf in den Nationalrat gewählt.



*Ernst Bircher.*

Im Alter von 57 Jahren wird SP-Grossrat Ernst Bircher Sekretär des BSPV. Das bedeutet für ihn alles andere als ein sanftes Ausklingen der Berufslaufbahn. Die Finanzlage im Kanton Bern ist schlecht. Und sie ist es auch noch neun Jahre später, als Bircher in Pension geht.

Im anspruchsvollen Amt kommt Bircher zugute, dass er ein erfahrener Verbandsfunktionär ist. Vor seiner Wahl war er ab 1939 Zentralsekretär und ab 1947 geschäftsführender Zentralpräsident des Verbands der Bekleidungs-, Leder- und Ausrüstungsarbeiter der Schweiz. Zudem war er Mitglied des Vorstands des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Über 30 Jahre, von 1946 bis 1978, ist Bircher Mitglied des Grossen Rates und als solcher bestens vernetzt. 1955 wird er Präsident der einflussreichen Staatswirtschaftskommission und führt diese während acht Jahren. In den Jahren 1965/66 präsidiert er den Grossen Rat. Im Jahr seines Amtsantritts beim BSPV wird Bircher in



*Sekretär Ernst Bircher (links) mit seinem Nachfolger Kurt Niklaus.*

den Nationalrat gewählt. Während zweier Legislaturen vertritt er die Angestellteninteressen auf nationaler Ebene.

Unter seiner Führung wächst der Verband von gut 5500 auf 7350 Mitglieder. Die wachsende Verwaltung und der Nachkriegsboom bieten ein günstiges Rekrutierungsfeld. In Birchers Amtszeit fallen die Revision der Besoldungsordnung, die Ämtereinreihung und die Einführung des 13. Monatslohns.

1976 tritt Ernst Bircher als BSPV-Sekretär zurück. Nachfolger wird Kurt Niklaus, der 17 Jahre im Amt bleiben wird. 1982 verstirbt Ernst Bircher im Alter von 72 Jahren.

### 1967

SP-Grossrat Ernst Bircher tritt die Nachfolge von Karl Geissbühler an und wird neuer Verbandssekretär.

### 1968

Per 1. Januar treten die dritte Ferienwoche als Minimum und die 5-Tage-Woche für die Verwaltung in Kraft.

### 1969

Der BSPV fordert in einer Eingabe die neuerliche Überprüfung der Ämtereinreihung und der Einreichungsrichtlinien.

### 1969

Der BSPV gibt für die italienischsprachigen Mitglieder der Gruppe Münsingen zweimal ein italienisches Mitteilungsblatt heraus.

### 1971

Das Personal der Klinik für Anfallkranke in Tschugg tritt dem BSPV bei.

## VBKBIS: Die Sektion mit dem längsten Namen

Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso Steuerverwaltung des Kantons Bern (VBKBIS) – dieser Bandwurm gehört einer Untergruppe, die 1972 dem BSPV beitrifft.

1972 ist der Name noch nicht ganz so lang: An der Abgeordnetenversammlung wird der damalige Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten offiziell als Untergruppe in den BSPV aufgenommen. Die Geschichte der Sektion geht weit zurück: Am 4. Mai 1929 treffen sich im Bürgerhaus zu Bern zehn Schuldbetreibungs- und Konkursbeamte, um den Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten des Kantons Bern ins Leben zu rufen. Drei von ihnen werden sogleich als Vorstand eingesetzt.

1948 gehören erstmals alle aktiven Betreibungs- und Konkursbeamten des Kantons Bern dem Verband an. Die Mitglieder diskutieren an ihren Versammlungen vor allem Fachfragen, meist in Anwesenheit hohen Besuchs aus Regierungsrat, Justiz oder Verwaltung. Am 3. April 1970 beschliessen 21 versammelte Mitglieder, aus dem damaligen Verband bernischer Bezirks- und Kreisbeamter auszutreten (letzterer löst sich dann 1991



*Der VBKBIS-Vorstand an der Jahresversammlung vom 13. Mai 2011 in Twann.*

auf) und eine selbstständige Untergruppe des BSPV zu werden. 1972 erfolgt die offizielle Aufnahme.

Aufgrund einer Reorganisation der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) im Kanton Bern verbleiben 1997 bloss noch vier Betreibungs- und Konkursbeamte im Verband – zu wenig für eine Untergruppe. Deshalb werden 17 Dienststellenleiter neu in den Verband aufgenommen. 2003 kommen die «Staatskässeler» dazu – der Bandwurm wächst sich zu seiner vollen Länge aus.

2004 feiert der VBKBIS sein 75-Jahre-Jubiläum. An der Jahresversammlung im Mai überreicht die Sektion allen Mitgliedern eine Jubiläumsschrift. Daraus kann man entnehmen, dass im Jahr 2002 nicht weniger als 236'744 Zahlungsbefehle ausgestellt worden sind. Das deutet auf grosse Arbeit hin. 1931, mitten in der Wirtschaftskrise, waren es aber auch schon deren 166'369 gewesen.

Heute ist der VBKBIS mit knapp fünfzig Mitgliedern immer noch eine starke und sehr aktive Sektion des BSPV.

### 1972

Der Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten tritt dem BSPV bei.

### 1972

Das Personal der Klinik Bethesda in Tschugg tritt dem BSPV bei.

### 1973

Die Gruppe Labor- und medizinisch-technisches Personal (LMTP) tritt dem BSPV bei.

### 1974

Die Forstwarte lösen sich von den Förstern ab und bilden neu eine eigene Sektion im BSPV.

### 1974

Das Personal des Inselspitals Bern löst sich von der Ortsgruppe Bern ab und bildet neu eine eigene Sektion im BSPV.

### 1974

Rekord: Der BSPV verzeichnet 812 Neueintritte in einem Jahr.



*Die Forstingenieure, die Förster  
und die Forstwarte sind als eigene  
Sektionen im BSPV organisiert.*

## «Mann des Ausgleichs»: Ein Zürcher mit viel Engagement für Bern

Während siebzehn Jahren prägt Sekretär Kurt Niklaus mit seiner konziliananten Art den BSPV.



Kurt Niklaus.

1976 übernimmt SP-Grossrat Kurt Niklaus die Leitung des Verbandssekretariats. Nebst dem Kampf für den Teuerungsausgleich setzt sich Niklaus insbesondere gegen die Initiative «100'000 Franken sind genug» ein, welche das Salär des Staatspersonals begrenzen wollte. Das Engagement zahlt sich aus: Am 25. September 1988 schmettert das Berner Stimmvolk die Vorlage mit 102'947 Nein- zu 40'509 Ja-Stimmen wuchtig ab.

Kurt Niklaus erreicht regelmässig Realloohnerhöhungen für das Staatspersonal: So beschliesst am 18. Mai 1989 der Grosse Rat, im Zuge der Teilrevision des Besoldungsdekrets dem Staatspersonal (ausgenommen Regierungsrat) sowie der Lehrerschaft endlich wieder eine Realloohnerhöhung zu gewähren. Durchschnittlich gab es immerhin fünf Prozent. Ebenfalls bemerkenswert ist die vom Regierungsrat 1988 beschlossene Teuerungszulage von 17,5 Prozent.

In die Amtszeit von Kurt Niklaus fallen auch der Umbau der Liegenschaft an der Postgasse 60 und der



Kurt Niklaus als Stimmzähler an der Zentralvorstandssitzung vom 17. März 1984.

Umzug des Sekretariats im Oktober 1984 von der Kramgasse an diesen neuen Standort. Dort befindet sich die Geschäftsstelle bis heute. Unter Niklaus erlebt der BSPV den höchsten Mitgliederbestand: 1983/84 werden 7418 Mitglieder gezählt. In seine Amtszeit fällt auch die Einführung der 42-Stundenwoche per Anfang 1987. Im gleichen Jahr werden Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit eingeführt. Niklaus präsidiert zudem die Expertenkommission für die Revision des Versicherungskassen-Dekrets und ist Mitglied der Verwaltungskommission der Versicherungskasse.

Nach siebzehn Jahren tritt Kurt Niklaus als Verbandssekretär zurück. Sein Nachfolger wird 1993 Roland Seiler. In der Staatspersonalzeitung wird der gebürtige Zürcher Kurt Niklaus als «Mann des Ausgleichs» bezeichnet. Er sei «kein «Parteibüffel»» gewesen.

### Kurt Niklaus

*Kurt Niklaus wurde 1928 in Zürich geboren und absolvierte dort die Schulen. Später zog er nach Erlach und ergänzte seine Kleinmechanikerausbildung mit einem Abschluss am Technikum in Biel. Von 1965 bis 1972 war er Gemeindepräsident der Seeländer Gemeinde Dotzigen. Von 1969 bis 1990 sass er für die SP im Grossen Rat. Von 1976 bis 1992 war Kurt Niklaus Sekretär beim BSPV. 1998 verstarb Niklaus 70-jährig.*

## 1975

Die Gruppe Krankenhäuser tritt dem BSPV bei.

## 1976

Die Gruppe Pflege- und Altenheime tritt dem BSPV bei.

## 1976

Kurt Niklaus tritt die Nachfolge von Ernst Bircher an und wird neuer Verbandssekretär.

## Ueli Hofer: Erinnerung an drei besondere Ereignisse

1978 wird Ueli Hofer zum fünften Präsidenten des BSPV gewählt. Er steht dem Verband bis 1995 vor.



Ueli Hofer.

*«An meine 17 Präsidialjahre im Dienste des BSPV denke ich gerne zurück. Es war eine spannende, manchmal belastende, aber insgesamt eine gute Zeit, in der für den Verband und seine Mitglieder einiges erreicht werden konnte. Drei Ereignisse sind mir dabei in besonderer Erinnerung geblieben:*

*Erstens: Der Umbau und anschliessende Bezug der Liegenschaft an der Postgasse 60 in Bern im Jahr 1984. In weiser Voraussicht hatte der Verband unter dem Präsidium meines Vorgängers, Oberrichter Dr. Max Graf, das Haus gekauft, um dem BSPV Büroräume zu sichern.*

*Zweitens: Die Bekämpfung der Initiative «100'000 Franken sind genug» in den Jahren 1987/88. Die Initiative wollte die Bruttobesoldungen der Regierungsrats- und Behördenmitglieder sowie des Personals der bernischen Staatsverwaltung auf höchstens 100'000 Franken limitieren. Im Wissen, dass nahezu alle Kantonsangestellten davon betroffen gewesen wären, hat der BSPV die Initiative mit grossem Einsatz bekämpft. Mit Erfolg: Sie wurde am*



Ueli Hofer an der 75-Jahre-Feier des BSPV.



Max Graf, Kurt Niklaus und Ueli Hofer (v.l.n.r.).

*25. September 1988 vom Berner Stimmvolk mit 71,6 Prozent Nein-Stimmen ausserordentlich deutlich verworfen.*

*Drittens erinnere ich mich mit Freuden an das 75-jährige Jubiläum des BSPV. Die Jubiläumsfeier fand 1987 im Anschluss an die ordentliche Abgeordnetenversammlung im Berner Casino statt. Die Rezession der Siebzigerjahre und die durch die bernische Finanzaffäre im Jahre 1984 verursachte Staatsverdrossenheit hatten die Stellung der Staatsangestellten geschwächt und die Verbandsarbeit massiv erschwert. In meiner Festansprache richtete ich deshalb den Wunsch an die Politiker und das Berner Volk, das Staatspersonal auch in schwierigen Zeiten nicht aus den Augen zu verlieren. Denn es sei im Interesse des Kantons und seiner Bewohner, wenn gutgestellte und zufriedene Beamte für sie arbeiteten.*

*Heute, 25 Jahre später, wiederhole ich diesen Wunsch, gratuliere dem BSPV zum 100-Jährigen und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute!»*

Ueli Hofer

### Ueli Hofer

Ueli Hofer wird 1939 in Bern geboren. Nach dem Rechtsstudium an der Universität Bern macht er 1965 seinen Abschluss als Fürsprecher. 1966 wird Hofer zum Gerichtspräsidenten von Bern gewählt. 1967 tritt er dem BSPV bei. Elf Jahre später übernimmt er das Präsidentenamt. Von 1983 bis 1990 ist Hofer zudem Gemeindepräsident von Bremgarten b. Bern. 1986 folgt die Wahl zum Oberrichter. 1998 wird Hofer Präsident des Obergerichts. Heute lebt Ueli Hofer mit seiner Frau in Bremgarten b. Bern.

## 1978

Die Vereinigung kantonal-bernischer Bezirksberufsberater (VKBB) tritt dem BSPV bei.

## 1978

Die Agro-Techniker treten dem BSPV bei. Ab 1984 nennt sich die Untergruppe dann «Agro-Ing. HTL».

## 1978

Ueli Hofer tritt die Nachfolge von Max Graf an und wird neuer Verbandspräsident.

## Gründung Kanton Jura: Grosser Mitgliederverlust

Der 1. Januar 1979 ist die Geburtsstunde des Kantons Jura. Eine jurassische Kantonsverwaltung entsteht. Viele Angestellte des Kantons Bern gehören neu zum Kanton Jura.

Die drei nördlichen Distrikte des Juras spalten sich vom Kanton Bern ab und bilden ab Januar 1979 den neuen Kanton Jura. Mit ihm entsteht eine jurassische Kantonsverwaltung. Der BSPV verliert in der Folge auf einen Schlag über 200 Mitglieder. Nur für die reformierten Pfarrer findet sich eine Sonderlösung: Sie können weiterhin im bernischen Pfarrverein bleiben, da dieser die Geistlichen der Kantone Bern, Jura und Solothurn vertritt.

Fast zwei Jahre vor der Kantonsabspaltung, am 6. Mai 1977, hat sich bereits ein Jurassischer Staatspersonalverband formiert, die «Association Jurassienne du personnel d'Etat». Doch damit ist die Separation noch nicht vollzogen. Noch am 10. Februar 1978 vermeldet die Staatspersonalzeitung, dass die «Section Jurassienne de l'Union du personnel administratif» aktiv im BSPV mitwirke.

Die erste Delegiertenversammlung der «Association du Personnel de la République et Canton du Jura» (APJU) findet im April 1979 statt, also drei Monate nach der



*Grosser Jubel nach der Abstimmung.  
Am 24. September 1978 wird auf dem  
Delsberger «Freiheitsplatz» die  
Gründung des Kantons Jura ausgerufen.*

Kantonsgründung. In diesen Umbruchszeiten kommt fast die Hälfte der damals insgesamt 240 jurassischen Kantonsangestellten zusammen und debattiert vor allem die Frage, wie die neue jurassisch-kantonale Pensionskasse einzurichten sei. Heute vertritt die APJU 800 Angestellte der Republik und des Kantons Jura.

Um die verbleibende französischsprachige Minderheit im BSPV zu stärken, ruft der Verband die Sektion «Union du Personnel administratif» ins Leben, von der im Jahresbericht von 1987 erstmals die Rede ist. Heute sind rund 70 der über 400 französischsprachigen Mitglieder des BSPV in dieser Sektion organisiert.

### **1994 folgt der zweite Aderlass**

*Als der Jura 1979 ein selbstständiger Kanton wird, erhält das damals noch zum Kanton Bern gehörende, aber zur Exklave gewordene Laufental die Möglichkeit, sich einem benachbarten Kanton anzuschliessen. Die Kantone Solothurn und Basel-Landschaft stehen zur Auswahl. Nach mehreren Volksabstimmungen erfolgt 1994 der Beitritt zum Kanton Basel-Landschaft. Der BSPV verliert in diesem Jahr knapp 90 Mitglieder – deutlich mehr als im Jahr zuvor. Wie viele genau auf die Abspaltung des Laufentals zurückgehen, ist jedoch nicht bekannt.*

## 1979

Die Gruppe Zivilpersonen der Kantonspolizei Bern tritt dem BSPV bei.

## 1979

Mit der Gründung des Kantons Jura verliert der BSPV auf einen Schlag 271 Mitglieder.

## Abgeordnetenversammlung: Die erste Frau im Amt

Das höchste Organ des BSPV ist die Abgeordnetenversammlung. 1981 wird die erste Frau zur Präsidentin gewählt.

Zu den Anfangszeiten des BSPV finden Generalversammlungen (GV) statt, die jeweils vom Verbandspräsidenten geleitet werden. Doch bereits acht Jahre nach Verbandsgründung sind diese Vollversammlungen wegen der wachsenden Mitgliederzahl nicht mehr opportun. So ersetzt ab 1920 die Delegiertenversammlung (heute Abgeordnetenversammlung) die vormalige GV als oberstes Verbandsorgan. Die Delegierten wählen fortan ein eigenes Bureau, das nicht mit der Geschäftsleitung identisch ist. Der BSPV hat somit einen Parlamentspräsidenten respektive eine Parlamentspräsidentin. Bis das oberste Organ allerdings erstmals in Frauenhand kommt, sollen noch über sechzig Jahre vergehen...

Die erste Delegiertenversammlung findet am 15. Mai 1920 im Restaurant Schmiedstube in Bern statt. Fast siebzig Delegierte und Vorstandsmitglieder sind anwesend. Es stehen fünf Traktanden zur Diskussion:

- Konstituierung und Wahl des Bureaus
- Festsetzung der Taggelder der Delegierten
- Aufnahme von Untergruppen
- Teuerungszulagen pro 1920
- Bericht über die Hilfskasse

### 1980

Die Gruppe Gemeindepersonal Zollikofen tritt dem BSPV bei.

### 1981

Mit Frieda Amstutz wird erstmals eine Frau zur Präsidentin der Abgeordnetenversammlung gewählt.

### Präsidentinnen und Präsidenten der Abgeordnetenversammlung

1920-1925	G. Feuz, kantonale Kirchendirektion
1925-1939	M. Berdez, Staatsanwalt, Bern
1939-1945	Arthur Bertschinger, Regierungsstatthalter, Biel
1945-1946	Emil Matter, Gerichtsschreiber, Biel
1947-1953	Werner Blatter, Aktuar, Richteramt Biel
1953-1959	Hans Gruber, Fürsprecher, Rekurskommission, Bern
1959-1969	Joseph Pescador, Experte Steuerverwaltung, Biel
1969-1981	Moritz Bächler, Verwaltungssekretär, Biel
1981-1988	<b>Frieda Amstutz, Dienstchefin Versicherungsamt, Bern</b>
1988-1993	Fritz Bill, Dienstchef Autobahnpolizei, Bern
1993-2007	Cornelia Apolloni, Gerichtspräsidentin, Biel
2007- heute	Christian Staub, wissenschaftlicher Mitarbeiter AFB, Bern

Verbandspräsident Zimmermann eröffnet die Versammlung und lässt als erstes das Bureau der Delegiertenversammlung wählen. Gewählt werden ausschliesslich Männer, namentlich die Herren Feuz aus der kantonalen Kirchendirektion als Präsident, Joray, den Kreiskommandanten, als Vizepräsident und Brechbühler aus der Staatskanzlei als Sekretär.

Im Jahr 1981 wird mit Frieda Amstutz dann erstmals eine Frau in das höchste Verbandsamt, das sich nun Abgeordnetenversammlung (AV) nennt, gewählt. Zuvor war sie seit 1974 Vizepräsidentin der AV. Nach dem Rücktritt von Frieda Amstutz 1988 übernimmt wieder ein Mann die Präsidentschaft, aber nur für fünf Jahre, bevor Cornelia Apolloni 1993 als zweite Frau zur AV-Präsidentin gewählt wird. Heute, im Jubiläumsjahr, bekleidet mit Christian Staub wieder ein Mann das Amt des AV-Präsidenten. Immerhin liegt das Vizepräsidentinnenamt schon fast traditionellerweise in Frauenhand: 2011 ist es nach der Demission von Annelise Vaucher an Anastasia Falkner übergegangen.

### 1982

Der BSPV feiert sein 70-jähriges Bestehen.



*Die erste Frau im höchsten Amt des BSPV: Frieda Amstutz (oben), Präsidentin der Abgeordnetenversammlung.*

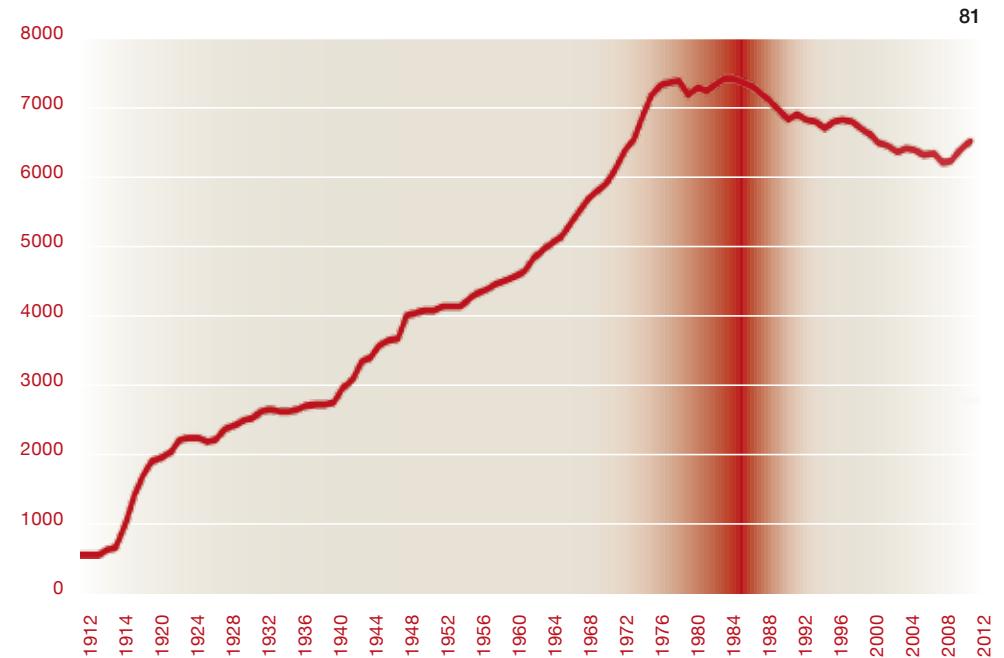
## Mitgliederzahl: Auf dem bisherigen Höhepunkt

Per 1. Januar 1984 kann der BSPV seinen bisherigen Mitgliederrekord verzeichnen: Es sind 7418 an der Zahl.

Im Juni gegründet, kann der BSPV Ende 1912 bereits 549 Mitglieder verzeichnen. In den darauffolgenden Jahren geht es mit den Mitgliederzahlen stetig nach oben. Einzig in den Jahren 1926 und 1934 muss der Verband einen Verlust von 54 respektive 25 Mitgliedern beklagen. Besonders erfolgreich sind hingegen die Jahre 1948 und 1974 mit einem Zuwachs von 341 respektive 335 Mitgliedern.

Die Gründung des Kantons Jura und somit einer jurassischen Kantonsverwaltung führt beim BSPV im Jahr 1979 zu einem Aderlass von über 200 Mitgliedern. Trotz dieses erheblichen Verlusts Ende der Siebzigerjahre kann der BSPV 1984 mit 7'418 Mitgliedern seinen bisherigen Rekord verbuchen.

Danach folgen jedoch ein paar verlustreiche Jahre: minus 117 Mitglieder (1988), minus 148 Mitglieder (1989), minus 131 Mitglieder (1990). Bis zur Jahrtausendwende werden die Verluste dann kleiner und ab und an kann sogar wieder ein leichter Zuwachs verbucht werden.



Im Jahr 2000 verliert der BSPV dann nochmals 126 Mitglieder und 2007 deren 138.

Ab 2008 (plus 30 Mitglieder) zeigt die Kurve wieder nach oben: plus 155 Mitglieder (2009), plus 128 Mitglieder (2010). Bei jährlich rund 350 Austritten und Todesfällen bedeutet eine positive Bilanz in der Mitgliederstatistik einen grossen Erfolg. Per Ende 2011 zählt der BSPV 6558 Mitglieder. Der Kanton Bern hat über 20'000 Angestellte. Das Rekrutierungspotenzial ist also immer noch hoch.

### 1983

Nach fast 35-jähriger Tätigkeit auf dem Verbandssekretariat tritt Adjunkt Bruno Kressmann in den Ruhestand. Er wird an der Abgeordnetenversammlung zum Ehrenmitglied ernannt.

### 1984

Mit 7418 Mitgliedern erreicht der BSPV sein bisheriges Maximum.

## Zweisprachigkeit: Der Röstigraben geht durch den Verband

Zweisprachiger Kanton – zweisprachiger Verband.  
Die Sprachbarrieren, die sich auftun, sollen 1987  
überwunden werden.

Die französischsprachigen Angestellten des Kantons Bern sind eine Minderheit. Auch im BSPV. Um ihre Interessen besser vertreten zu können, gründen sie die Sektion Union du Personnel administratif, section Romande, die an der Abgeordnetenversammlung vom 23. Mai 1987 auch feierlich in den BSPV aufgenommen wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Verband um eine angemessene Berücksichtigung der französischsprachigen Mitglieder bemüht. Bereits ab 1921 erscheinen in der Staatspersonalzeitung die wichtigsten Artikel einer Ausgabe auch auf Französisch.

Doch damit war noch nicht sichergestellt, dass die Zusammenarbeit über die Sprachgrenzen hinweg funktioniert. Mit einer gewissen Regelmässigkeit rügte der Verbandsvorstand via Jahresbericht die französischsprachigen Mitglieder. Stellvertretend dafür steht eine drastische Äusserung aus dem Jahr 1940: «Da die Mitarbeit der französischsprachigen Verbandsmitglieder seit Jahren ganz ungenügend ist, kann im Jahresbericht künftig auf deren Erwähnung verzichtet werden.»

In den Sechzigerjahren scheinen die französischsprachigen Mitglieder vorübergehend aktiver an der Verbandsarbeit teilzunehmen. Die Redaktoren der



*Die Verbandszeitschrift diagonal und der Jahresbericht erscheinen jeweils zweisprachig.*

Staatspersonalzeitung sehen sich zuweilen sogar einer Flut von Reaktionen aus dem französischsprachigen Kantonsteil gegenübergestellt, die dann aber bald wieder abflaut.

Heute verzeichnet der BSPV über 400 französischsprachige Mitglieder. Gut 70 davon sind in der Sektion Union du Personnel organisiert. In der Geschäftsleitung sind zwei von neun Mitgliedern Romands: Vizepräsident Pierre-André Musy und Claude Röthlisberger. Die Geschäftsstelle ist bemüht, alle wichtigen Mitteilungen in beiden Sprachen zu publizieren. In der Verbandszeitung sind vier Seiten für französischsprachige Artikel reserviert.

### 1987

Die von französischsprachigen BSPV-Mitgliedern gegründete Union du Personnel administratif, section Romande wird als Sektion aufgenommen.

### 1987

Der BSPV feiert sein 75-jähriges Bestehen. Im Kulturcasino Bern findet eine grosse Feier statt.

### 1987

Namensänderung: Die Vereinigung kanton-bernischer Bezirksberufsberater (VKBB) nennt sich neu Vereinigung bernischer Berufsberater (VBB).

### 1988

Am 25. September 1988 verwirft das Berner Stimmvolk die vom BSPV heftig bekämpfte Initiative «100'000 Franken sind genug» mit 71,6 % Nein-Stimmen deutlich.



*Unter Verbandspräsident Ueli Hofer und Sekretär Kurt Niklaus feiert der BSPV 1987 im Kulturcasino Bern mit einem grossen Fest sein 75-jähriges Bestehen.*

## Kantonshaushalt: Zehn Sparübungen in zwei Jahrzehnten

Die Neunzigerjahre sind geprägt von sogenannten Entlastungspaketen. Das erste wird 1991 geschnürt.

Sparpakete erkennt man nicht selten an ihren kryptischen Abkürzungen.

Unter dem 1986 gewählten Finanzdirektor Ueli Augsburgur wird 1991 das erste Sparpaket geschnürt. Es nennt sich «Massnahmenpläne Haushalts-gleichgewicht» (MHG I). Ein Jahr später folgt mit MHG II die Fortsetzung. Die Sparpakete Nummer drei bis fünf folgen dann unter Finanzdirektor Hans Lauri: 1994 mit MHG III, 1995 mit dem Anschlussprogramm ASP und 1996 mit der Haushaltssanierung HS 99. Diese letzte Sparübung schlägt voll auf das Kantonspersonal durch: Der automatische Teuerungsausgleich wird gestrichen. Der BSPV veranstaltet deshalb eine Kundgebung gegen weitere Sparmassnahmen, Entlassungen und Lohnkürzungen. Rund 3500 Angestellte nehmen teil. Trotzdem lassen die Sparpakete Nummer sechs und sieben nicht lange auf sich warten: 1997 treten die «Massnahmen 97» (MS 97) in Kraft. Ein Jahr später folgt das «Legislatursanierungsprogramm» (LSP 98). Stellenabbau und Lohnkürzungen beim Kantonspersonal sind die Folge. 1999 folgt sogleich Sparpaket Nummer acht: «Neues Massnahmenpaket Haushaltssanierung» (NMH 99). Fünf Bezirksspitäler werden geschlossen und für die Lehrerinnen und Lehrer wird eine zusätzliche Pflichtlektion beschlossen.

Genug ist genug: Der BSPV geht gemeinsam mit anderen Personalverbänden gegen die Sparwut auf die Barrikaden: Mit der Demonstration unter dem Slogan «HALT» treffen die Verbände den Nerv des von Sparübungen gebeutelten



*Der Verband muss sich auch unter Finanzdirektor Urs Gasche gegen viele Sparübungen wehren.*

Personals. Am 1. September 1999 protestieren 15'000 Angestellte auf dem Bundesplatz gegen die Sparmassnahmen.

Trotzdem folgt 2002 Sparpaket Nummer neun, namens «Strategische Aufgabenüberprüfung» (SAR und SAR-E). Es führt zu massiven Einsparungen bei den Personalkosten (das Lohnsummenwachstum wird auf 1 Prozent eingefroren). Der Unmut unter den Angestellten steigt: An der Demonstration unter dem Slogan «VETO» vom 1. November 2002 protestieren nun sogar 20'000 Menschen gegen die Sparübungen auf Kosten des kantonalen Personals.

Am 28. November 2004 sagt das Berner Stimmvolk Ja zur Teilrevision des Personalgesetzes und damit zur Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs. Unter Finanzdirektor Urs Gasche (2001-2010) und im Rahmen des Projekts «Aufgabendialog 2005-2009» verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen des kantonalen Personals nochmals.

Das jüngste Entlastungspaket wird im Juni 2011 von Finanzdirektorin Beatrice Simon präsentiert. Die Kantonsangestellten kommen dabei – im Gegensatz zu den Lehrkräften und dem Gesundheitspersonal – mit einem blauen Auge davon: Die Mittel für den Teuerungsausgleich und den individuellen Gehaltsaufstieg werden von 1,5 auf 1,3 Prozent gesenkt.

### 1989

Das Staatspersonal erhält eine Teuerungszulage von 17,5 %.

### 1989

Der Mitgliederbestand des BSPV ist von der hohen Fluktuationsrate (fast 20 %) der bernischen Staatsverwaltung betroffen.

### 1990

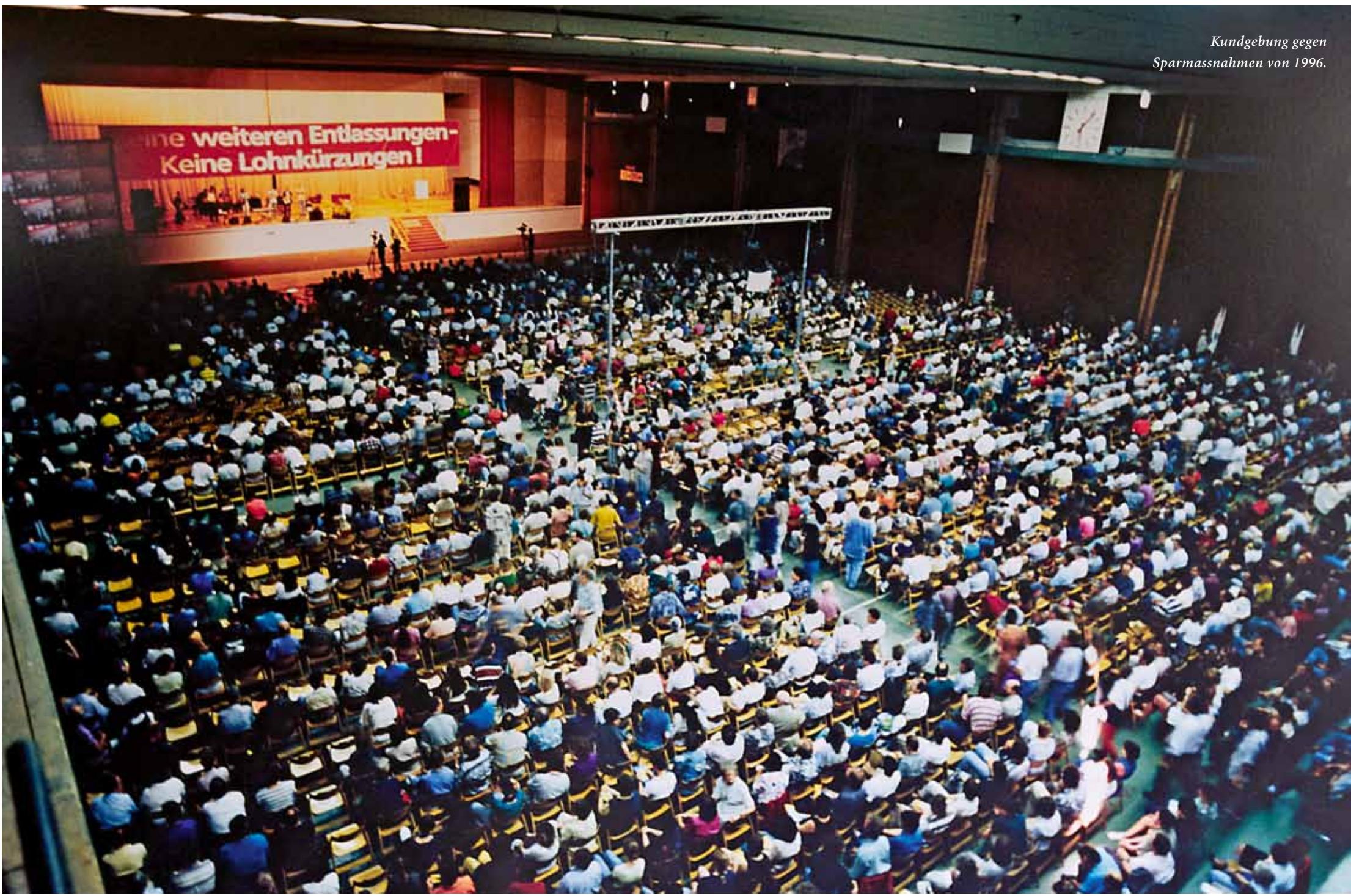
Das Staatspersonal erhält eine Reallohn-erhöhung von 2 %.

### 1991

Die Sektion Vereinigung Bernischer Bezirks- und Kreisbeamter löst sich auf. Aus ihr gehen der Gerichtspräsidentenverband, der Verband der GerichtsschreiberInnen, die Untergruppe der Grundbuchverwalter und Staatskassenvorsteher, die Vereinigung der Regierungsstatthalter und jene der Staatsforstbeamten hervor.

*Kundgebung gegen  
Sparmassnahmen von 1996.*

**Keine weiteren Entlassungen -  
Keine Lohnkürzungen!**



## Vernetzung national: Der BSPV kehrt dem Zentralverband den Rücken

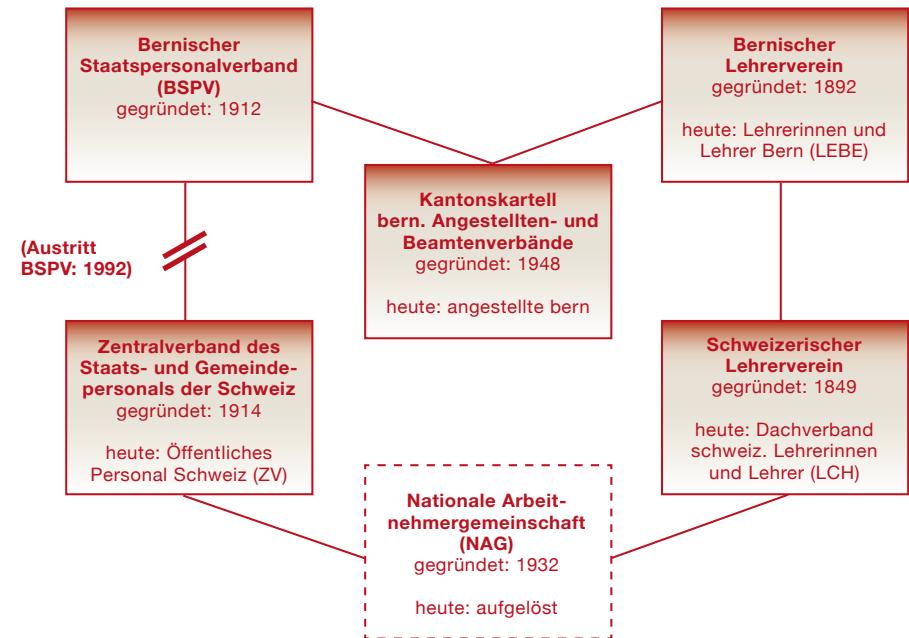
1992 beschliesst der BSPV aus dem Zentralverband des Staats- und Gemeindepersonals auszutreten.

1914, zwei Jahre nach der Gründung des BSPV, kommt es zu einem nationalen Zusammenschluss der Verbände des öffentlichen Personals: Der Zentralverband des Staats- und Gemeindepersonals (ZV) wird ins Leben gerufen.

Ein Beitritt des BSPV zum ZV scheint zunächst kein Thema zu sein. Erst im Jahresbericht von 1930 ist vermerkt, dass der BSPV von etlichen nationalen Organisationen zur Teilnahme eingeladen wurde. Und er ist nicht abgeneigt: «Grundsätzlich steht die Verbandsleitung ebenfalls auf dem Standpunkt, dass eine Zusammenfassung aller Verbände des Personals der öffentlichen Verwaltungen kommen wird und kommen muss.»

1939 ist es soweit: Die Abgeordnetenversammlung des BSPV beschliesst den Beitritt zum ZV. Aufnahme im Mai 1940. Schon bald spielt der BSPV im ZV eine wichtige Rolle: 1944 übernimmt er die Geschäftsleitung und behält sie bis 1957. Im Jahresbericht 1963 das Bekenntnis: «Für die Erfolge der regionalen Verbände des Staats- und Gemeindepersonals ist eine vielseitige und einflussreiche Tätigkeit eines schweizerischen Berufsverbandes Voraussetzung.» Im selben Jahr geht – nach kurzem Basler Intermezzo – der ZV-Vorsitz erneut an Bern, namentlich an Jean Haesler, kantonaler Steuerverwalter.

Die Ursache für die spätere Trennung liegt im Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Die Unterverbände des ZV können ein Sekretariat und ein Mitgliedermagazin



in Anspruch nehmen. Über beides verfügt, im Gegensatz zu den meisten anderen Verbänden, der BSPV selbst. Deshalb stellt der ZV dem BSPV stets einen reduzierten Mitgliederbetrag in Rechnung – bis 1992. Dann beschliesst im März der Vorstand des ZV, diese Sonderregelung aufzuheben, und der BSPV unmittelbar darauf den Austritt, um sich die Beitragskosten von rund 30'000 Franken zu ersparen.

Einen Wiedereintritt erwägt die Geschäftsleitung 2008, doch lehnt sie die Verhandlungsaufnahme mit fünf zu zwei Stimmen ab. Die Jahreskosten hätten inzwischen 50'000 Franken betragen. Um trotzdem eine gewisse nationale Vernetzung sicherzustellen, treffen sich der Präsident und der Geschäftsführer des BSPV sporadisch mit einer Delegation des ZV Schweiz.

## 1992

Der BSPV feiert sein 80-jähriges Bestehen.

## 1993

Roland Seiler tritt die Nachfolge von Kurt Niklaus an und wird neuer Verbandssekretär.

## Peter Kunz: «Präsidiiumszeit geprägt von Sparmassnahmen»

Der heutige Oberrichter Peter Kunz wird 1995 zum Verbandspräsidenten gewählt. Ein Rückblick.



Peter Kunz.

*«Meine neunjährige Präsidiiumszeit beim BSPV war im Kerngeschäft der Standespolitik geprägt von Spar- und Sanierungsmassnahmen. Diese wurden in immer kürzeren Abständen beschlossen und durchgesetzt. Die harten und einschneidenden Folgen von rund zehn Sparpaketen zwischen 1996 und 2002 hatte zur Hauptsache das Personal des Kantons Bern zu tragen. Gravierende Folge der Sparpakete war insbesondere der Abbau von 2700 Stellen in der Kantonsverwaltung und den subventionierten Betrieben bis Ende 2003. Dank des Einsatzes des BSPV und der befreundeten Personalverbände mussten nur wenige Entlassungen ausgesprochen werden und es wurden vorzeitige Pensionierungsmöglichkeiten geschaffen.*

*Die grösste Sparvorlage, BEREBE, bewirkte ab Januar 1997 milliardenschwere Einsparungen zulasten des Kantonspersonals und trug wesentlich dazu bei,*

*dass der Kanton Bern seit 1998 - ununterbrochen bis heute – schwarze Zahlen schreibt.*

*Das politische Klima und damit die Diskussionen mit den Entscheidungsträgern im Kanton verhärteten sich stetig. Dies im Einklang mit der schweizerischen politischen Grosswetterlage. «Motorsägen-Politiker» profilieren sich auf Kosten des Staatspersonals. Dies provozierte auf Verbandsseite geharnischte Reaktionen. In dieser aufgeheizten Zeit mit zuweilen gehässigem Unterton war es für mich wichtig, die Kommunikationswege offen zu halten, um sachlich, mit Anstand und Fairness – den widrigen finanziellen Umständen zum Trotz – vorteilhafte Lösungen für das Staatspersonal aufgleisen und umsetzen zu helfen. Für mich war die nebenamtlich geleistete Präsidiiumszeit eine fordernde, lehrreiche und menschlich wertvolle Zeit, mit all ihren Höhen und Tiefen.»*

Peter Kunz

### Peter Kunz

Der freisinnige Peter Kunz war von 1995 bis 2004 Präsident des BSPV. Er wurde am 7. März 1951 geboren und ist in Bern aufgewachsen. Nach einer KV-Lehre und anschliessender Matura studierte er Jura an der Universität Bern. Nach Abschluss des Studiums arbeitete Kunz als Gerichtsschreiber, ab 1987 als Untersuchungsrichter und Gerichtspräsident. Heute ist Peter Kunz Oberrichter.

## 1995

Peter Kunz tritt die Nachfolge von Ueli Hofer an und wird neuer Verbandspräsident.

## 1996

Am 5. Juni nehmen 3500 Kantonsangestellte an der Kundgebung gegen Entlassungen und Lohnkürzungen teil.

## 1999

15'000 Angestellte demonstrieren im Rahmen der Aktion «HALT» auf dem Bundesplatz gegen Sparmassnahmen.

15'000 Kantonsangestellte demonstrieren  
1999 gegen Sparmassnahmen.



## Bildung: Der BSPV bricht vorübergehend mit einer Tradition

Lange bevor der Staat diese Aufgabe übernimmt, ist die Aus- und Weiterbildung der Verwaltungsangestellten eines der wichtigsten Anliegen des BSPV.

Die «Aus- und Fortbildungsschule für Lehrlinge und Angestellte in Rechts- und Verwaltungsbureaux» existiert bereits vor der Gründung des BSPV. Im Jahresbericht von 1927 findet sich eine Übersicht über die Anzahl Schüler und Lehrlinge, die bis ins Jahr 1910 zurückgeht.

Ab seiner Gründung 1912 bemüht sich der BSPV zusammen mit dem Verband der Beamten und Angestellten bernischer Rechts- und Verwaltungsbureaux, die Aus- und Weiterbildung für die kantonalen Lehrlinge und Angestellten stetig zu verbessern. 1926 durchlaufen bereits 638 Schüler und 152 Lehrlinge die Schule. Mit der Annahme des kantonalen Gesetzes über das berufliche Bildungswesen im Rechts- und Verwaltungsbereich 1935 wird ein Teil der Ausbildung in die Direktion des Innern einverleibt. Die Ausbildungsstätte des BSPV wird neu zur Berufsschule für Verwaltungsangestellte.

Einhergehend mit der verbesserten Beschäftigungslage in den Fünfzigerjahren flaut das Interesse an Abendkursen etwas ab. Im Jahresbericht von 1953 wird von einem «ständigen Rückgang der neu eintretenden Lehrlinge» berichtet. Mitte der Fünfzigerjahre sind 87 Prozent der Schülerschaft in der Berufsschule für Verwaltungsangestellte weiblich. Der Sekretärinnenberuf ist gross in Mode.

1961 erwägt die Bundesverwaltung, ihre Auszubildenden in die Bildungsstätte des BSPV zu schicken. Anfang der Siebzigerjahre wird vor allem die Weiterbildung



*Seit Mai 2012 ist der BSPV wieder Mitglied des Trägervereins des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistungen (bwd).*

für Chefbeamte ausgebaut. Die Forderung des BSPV, einen Verantwortlichen für Weiterbildungsfragen in der kantonalen Verwaltung anzustellen, stösst in der Finanzdirektion auf taube Ohren.

Ab Mitte der Siebzigerjahre wird der BSPV als eine von drei Trägerorganisationen der Berufsschule aufgeführt. Damals sorgt für Ärger, dass Lehrlinge nach ihrem Lehrabschluss neu nicht mehr ein Diplom als «Verwaltungsangestellte», sondern als «kaufmännische Angestellte» erhalten.

Dem Trägerverein der Berufsschule für Verwaltung gehört der BSPV bis 2002 an. Dann kommt es zum Bruch mit dieser langen Tradition. Auf Initiative des damaligen Präsidenten beschliesst die Geschäftsleitung per Ende Jahr den Austritt.

Doch der BSPV will in der Aus- und Weiterbildung nicht lange abseitsstehen. Acht Jahre später will die Geschäftsleitung unter dem neuen Präsidenten dem Trägerverein wieder beitreten. Aus der Berufsschule für Verwaltung ist mittlerweile das Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung Bern Wankdorf (bwd) geworden. Seit Mai 2012, pünktlich zu seinen Jubiläumsfeierlichkeiten, ist der BSPV erneut Mitglied des Trägervereins.

### 2002

Am 1. November nehmen über 20'000 Menschen auf dem Bundesplatz an der Kundgebung «VETO» teil und demonstrieren gegen Sparmassnahmen des Kantons.

### 2002

Der BSPV tritt zeitweilig aus dem Trägerverein Berufsschule für Verwaltung aus.

### 2003

Der BSPV ruft zur «Warnstunde» auf. Am 11. November zwischen 10 und 11 Uhr soll der Service public im Kanton Bern für eine Stunde still stehen.



*20'000 Personen demonstrieren 2002  
gegen die Sparmassnahmen des Kantons.*

## Roland Seiler: «Das verlorene Jahrzehnt»

Nach neun Jahren als Verbandssekretär wird Roland Seiler 2004 zum BSPV-Präsidenten gewählt.



Roland Seiler.

*«Accroche à ton cœur un morceau de chiffon rouge  
Une fleur couleur de sang  
Si tu veux vraiment que ça change et que ça bouge  
Lève-toi car il est temps»*

*«Mit diesem Refrain aus einem Chanson von Michel Fugain habe ich am 1. November 2002 singend die VETO-Kundgebung auf dem Bundesplatz eröffnet. Nachdem Polo Hofer die Bühne frei gegeben hatte und ich ans Rednerpult trat, zitterte ich am ganzen Körper. Nicht wegen des Lampenfiebers, sondern wegen der Emotionen, die mich angesichts der über 20'000 Menschen aufwühlten, die VETO-Halstuch tragend unserem Aufruf gefolgt waren, um gegen die drohende Demontage des Service Public zu protestieren.*

*Die VETO-Kundgebung war unsere Antwort auf das vom Regierungsrat unter dem Titel SAR (Strategische Aufgabenüberprüfung durch den Regierungsrat) vorgelegte Sparpaket.*



*Vom Sekretär zum Verbandspräsidenten:  
Roland Seiler.*

*Ab 1992 waren wir praktisch jedes Jahr mit einem neuen Sparpaket konfrontiert gewesen. Der kantonale Haushalt wurde dabei weitgehend auf dem Buckel des Personals saniert. Wohl ohne Übertreibung muss deshalb personalpolitisch von einem verlorenen Jahrzehnt gesprochen werden.*

*In zähen Verhandlungen, mit politischen Vorstössen und mit drei Grosskundgebungen (1996 in der Festhalle sowie 1999 mit der HALT-Kundgebung und 2002 mit der VETO-Kundgebung auf dem Bundesplatz) verteidigten wir die Interessen der Betroffenen gegen die herrschende Sparhysterie und die personalfeindliche Haltung der bürgerlichen Parteien.*

*Wie weit uns dabei tatsächlich gelungen ist, das Schlimmste zu verhindern, bleibt ungewiss. Im Rückblick frage ich mich jedenfalls, ob wir damals nicht doch den Streik hätten wagen sollen, obwohl auch in unseren Kreisen dieses Mittel sehr umstritten war.»*

*Roland Seiler*

### Roland Seiler

*Roland Seiler war von 1993 bis 2004 Sekretär des BSPV. Nach der Demission von Peter Kunz wurde er 2004 zum Präsidenten gewählt und blieb es für vier Jahre. Seine Wahl bedeutete eine Abkehr von der jahrzehntelangen Tradition, dass der BSPV-Sekretär der SP angehörte, der Präsident aber der FDP. Roland Seiler sass von 1986 bis 2002 für die SP im Grossen Rat.*

## 2004

Matthias Burkhalter tritt die Nachfolge von Roland Seiler an und wird neuer Verbandssekretär.

## 2004

Roland Seiler tritt die Nachfolge von Peter Kunz an und wird neuer Verbandspräsident.

## 2006

Aus dem ehemaligen Verband der Seminar- und Kantonsschullehrer entsteht die Sektion Gym\_Bern.

## 2006

Die Bibliotheksangestellten des Kantons Bern treten dem BSPV bei.

## 2008

Peter Bernasconi tritt die Nachfolge von Roland Seiler an und wird neuer Verbandspräsident.

**Gegen die  
Demontage  
des Service  
public!**

**VETO**

**Freitag,  
1. November 2002**

**Treffpunkt: 13.30 Uhr  
Schützenmatte Bern**

**Musik:**  
**POLO  
HOFFER  
SCHMETTER  
BAND**

Eine gemeinsame Aktion des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern (GKB)  
und der Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände (VBA)

**Bernischer Staatspersonalverband BSPV [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch)**

BSPV-Plakat zur «VETO»-Kundgebung  
vom 1. November 2002.

**Der BSPV warnt vor:**



**Spardruck**

**weniger Service public  
mehr Stress  
weniger Qualität  
mehr Frust  
weniger Investitionen  
mehr Arbeitslose**

**Bernischer Staatspersonalverband BSPV [www.bspv.ch](http://www.bspv.ch)**

Eine gemeinsame Aktion von angestellte bern und GKB

BSPV-Plakat zur «Warnstunde»  
vom 11. November 2003.

**Erfahrung  
kann man  
nicht kaufen.**

**Aber fair  
entlönnen.**



**am 28. 11.:**  
**NEIN zum Lohn-Bschiss!  
JA zum Volksvorschlag!**

© Bernischer Staat Gewerkschaftsbund - Postfach 111 - 3000 Bern - info@gewerkschaftsbund.ch

BSPV-Plakat zur Abstimmung  
vom 28. November 2004.

## Jüngste Sektion: Sammelbecken für Gefängnis- und Anstaltspersonal

Der BSPV wächst und wächst: Im Juni 2010 tritt das Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs dem Verband bei.

Zahlreiche Angestellte aus dem Straf- und Massnahmenvollzug passen in keine der bestehenden Sektionen. Einige BSPV-Mitglieder unter ihnen beschliessen deshalb im Laufe des Jahres 2009, eine Art «Sammelsektion» unter dem Titel «Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs des Kantons Bern» (PSMV) zu gründen.

An der Abgeordnetenversammlung vom 4. Juni 2010 wird die Sektion mit 54 Mitgliedern offiziell in den BSPV aufgenommen. Sie ist damit die zurzeit jüngste Sektion des Verbandes (Stand 31.12.2011). Der PSMV will die gemeinsamen Anliegen aller Mitarbeitenden in Sicherheitsdienst, Aufsicht und Betreuung sammeln und diskutieren und die herausdestillierten Arbeitsprobleme mit der Amtsleitung zu lösen versuchen.

Das Personal des Amtes für Freiheitsentzug und Betreuung gehört zu den Grundpfeilern des BSPV. Die Anstaltsangestellten sind schon sehr früh im BSPV organisiert. Mitte der Zwanzigerjahre tritt beispielsweise



das Personal der Anstalten Tessenberg, Trachselwald, Thorberg, Witzwil und St. Johannsen bei. Nach wie vor bestehen in den meisten grösseren Anstalten und Gefängnissen eigene Sektionen des BSPV.

Das jüngste Kind, die starke und aktive Sektion PSMV, entwickelt sich prächtig. Inzwischen gehören ihr bereits über 60 Mitglieder an: Mitarbeitende der Regionalgefängnisse, der Bewachungsstation Insel, des Transportdienstes und der ehemaligen Sektion St. Johannsen.

*Vertreterinnen und Vertreter der Sektion Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs an der Hauptversammlung 2012.*

### Sektionen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug:

- Anstalten Thorberg (Beitritt 1924): heute 93 Mitglieder
- Anstalten Witzwil (Beitritt 1924): heute 74 Mitglieder
- Jugendheim Prêles (Beitritt 1924): heute 40 Mitglieder
- Anstalten Hindelbank (Beitritt 1958): heute 59 Mitglieder
- Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs (Beitritt 2010): heute 92 Mitglieder

Total: 358 Mitglieder (Stand: 10.2.2012)

## 2009

Die BSPV-Grossräte verlangen in einer Motion die Überprüfung der Gehaltspolitik für das Kantonspersonal.

## 2010

BSPV und vpod erreichen mit einer dringlichen Motion, dass im Budget 2011 mehr Mittel für Lohnmassnahmen beim Staatspersonal eingeplant werden.

## 2010

Die Sektion Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs tritt offiziell dem BSPV bei.

## Justiz: Mitgliederanstieg bei den Richtern und Staatsanwälten

Die Sektion der Richter und Staatsanwälte steigert im Jahr 2011 ihre Mitgliederzahlen markant. Von Anfang an spielten Justiz-Mitarbeitende im BSPV eine zentrale Rolle.

Der Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBRS) kann seine Mitgliederzahl binnen eines halben Jahres von 138 (Stand: Dezember 2010) auf 210 (Stand: Juni 2011) erhöhen. Hauptgrund für den markanten Mitgliederanstieg ist die Justizreform, die Anfang 2011 in Kraft getreten ist: Es gibt neue Gerichtsbehörden und mehr Staatsanwälte – insgesamt also mehr Mitarbeitende und somit mehr potenzielle Verbandsmitglieder.

Die zweite BSPV-Sektion aus dem Justizbereich, der Verband Bernischer GerichtsschreiberInnen, ist fast eine reine Frauensektion. Unter 35 Mitgliedern finden sich gerade mal 6 Männer (Stand: Februar 2012). Die dritte Sektion aus dem Bereich Justiz, der Verein Bernischer Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter ist durch die Bezirksreform hingegen geschrumpft und umfasst bloss noch neun Mitglieder – trotz eines sehr hohen Organisationsgrads: Bis auf einen einzigen Regierungsstatthalter sind alle im BSPV dabei.

Vorläufer des heutigen VBRS ist der Gerichtspräsidentenverband. Dieser ist wiederum aus der Vereinigung Bernischer Bezirks- und Kreisbeamter entstanden, welche dem BSPV bereits 1919 beigetreten ist und an der Abgeordnetenversammlung von 1991 aufgelöst wurde. Der Verband der



*Nur im Kanton Bern sind die Richterinnen und Staatsanwälte im gleichen Verband vereint.*

Gerichtsschreiber, die Untergruppe der Grundbuchverwalter und Staatskassenvorsteher, die Vereinigung der Regierungsstatthalter und jene der Staatsforstbeamten gehen ebenfalls aus der aufgelösten Gruppe der Bezirks- und Kreisbeamten hervor.

Heute ist der VBRS schweizweit der einzige Verband, der die Richterinnen und Staatsanwälte unter einem Dach vereint.

### Justizmitarbeitende spielen wichtige Rolle

*Schon 1912 bei der Gründung des BSPV spielen Justizmitarbeitende eine zentrale Rolle: Franz Stämpfli als Obergerichtsschreiber und Kanzleichef Rätz vom Obergericht. Zwischen 1920 und 2004 präsidiert dann stets ein freisinniger Oberrichter den BSPV: Otto Peter, Max Graf, Ueli Hofer und Peter Kunz.*

## 2011

Der BSPV und seine Partnerverbände reichen im November die kantonale Volksinitiative «Faire Löhne für gute Arbeit» ein.

## 2011

Die Justizreform tritt in Kraft und sorgt für einen starken Mitgliederzuwachs bei den Richterinnen und Staatsanwälten.

*Die Justizreform sorgt 2011 beim Verband  
Bernischer Richterinnen und Staatsanwälte  
(VBRS) für einen starken Mitgliederzuwachs.*



## Die Zukunft: Aktiver Nachwuchs im Verband

Die Zukunft des BSPV gehört den Jungen. Eines seiner jüngsten Mitglieder ist mit 23 Jahren der Polizist Dominic Ferrari.



*Dominic Ferrari.*

**Herr Ferrari, Sie waren 22 Jahre alt, als Sie im September 2011 dem Polizeiverband und somit automatisch auch dem BSPV beigetreten sind. Was hat Sie zur Mitgliedschaft bewegt?**

Primär hat mich die Unterstützung, die man vom Verband bei Bedarf erhält, zur Mitgliedschaft bewegt.

**Welche Erwartungen haben Sie an den Verband?**

Der Verband soll seine Mitglieder unterstützen, wenn sie es brauchen. Und er soll auch eine Art Sprachrohr der Mitglieder sein.

**In welchen Situationen bräuchten Sie die Unterstützung des BSPV?**

Wenn berufsrechtliche Fragen auftauchen, beispielsweise zur Haftpflichtversicherung, bin ich froh, wenn mich jemand gut beraten kann.

## 2012

Der BSPV feiert sein 100-jähriges Bestehen. Es erscheint eine Festschrift und im Kulturcasino Bern findet eine grosse Feier statt.



*Dominic Ferrari (links) mit Kollege Raphaël Cuche.*

**Warum haben Sie sich einst für den Polizeiberuf entschieden?**

Der Polizeiberuf ist sehr abwechslungsreich. Bei Dienstantritt weiss man nie genau, was einen heute alles erwartet. Meine Lieblingsschicht ist die Nachtschicht. Sie ist besonders interessant, weil meist viel los ist – gerade auch die etwas spezielleren Fälle.

**Sind Sie zufrieden mit dem Lohn, den Ferien, den Arbeitszeiten und so weiter?**

Mein Beruf gefällt mir gut – auch das unregelmässige Arbeiten. Klar, es ist anstrengend. Aber wenn man jung ist, kann man das noch gut aushalten – vielleicht besser als später, in höherem Alter. Was den Lohn betrifft, so ist er für meinen jetzigen Lebensabschnitt gut. Wenn man allerdings in die Zukunft schaut, so muss man schon einen kritischen Blick auf die Lohnentwicklung werfen.

## 2012

An der Abgeordnetenversammlung vom 22. Juni tritt der Verband der Betriebsweibel dem BSPV bei.

**Dominic Ferrari**  
*Dominic Ferrari arbeitet als Polizist in Biel. Am 1. August 1989 geboren, am 5. September 2011 in den Polizeiverband und damit in den BSPV eingetreten, gehört er im Jubiläumsjahr 2012 mit 23 Jahren zu den jüngsten Mitgliedern des BSPV.*

**Wie haben Sie den BSPV bis jetzt erlebt? Sind Ihnen einzelne Aktionen besonders aufgefallen?**

Ich erinnere mich an die Initiative für faire Löhne vom letzten Jahr. Die Unterschriftenbögen kursierten auch bei uns im Büro.

**Was würden Sie einem jungen Kantonsangestellten raten: Soll er in den Verband eintreten?**

Auf jeden Fall soll er eintreten. Wenn man Unterstützung erhalten und eine Hilfe im Hintergrund haben möchte, ist das eine gute Sache.

**Wie erleben Sie die kantonale Politik und ihre Auswirkungen auf das Personal?**

Ich habe letztens gehört, dass man unser Korps nun doch nicht aufstocken will, obwohl dies eigentlich geplant war. Wir spüren schon, dass wir wenig Leute sind. Jeder von uns hat zwischen fünf und zehn Tage Überzeit. Die Gruppenchefs meist noch mehr.

**Wenn Sie im Grossen Rat fünf Minuten ans Rednerpult treten dürften, was würden Sie den Grossrätinnen und Grossräten sagen?**

Hmm... Ich würde ihnen sagen, dass sie zu ihrem Personal schauen sollen – gerade bezüglich Personalaufstockung und Lohnentwicklung bei der Polizei. Zudem sollten Gewalt und Drohungen gegen uns Polizisten viel härter sanktioniert werden. Und dann würde ich mich noch für ihre Arbeit bedanken. Ich möchte den Job nicht machen.

## 2012

Die Sektion Insepspital schliesst sich per 1. Juli der Sektion Handwerklich-technisches Personal (HTP) an.



*Dominic Ferrari (vorne) und Raphaël Cuche im Einsatz.*

**Wo sehen Sie sich in zehn Jahren?**

Nach der Polizeischule wird man zwei Jahre auf einen Posten zugeteilt und sammelt erste Berufserfahrungen. Wer möchte, kann sich danach auf einen anderen Stationierungsort bewerben. Nach mehreren Dienstjahren kann man sich spezialisieren und zum Beispiel zur Fahndung oder zu einer Spezialeinheit wechseln. Oder man wählt eine Kaderstufe und wird beispielsweise Gruppenchef. Ich sammle jetzt erst mal Erfahrungen. Alles Weitere ergibt sich.

**Was denken Sie, braucht es den BSPV in 20, 30 oder 50 Jahren noch?**

Solange es unsere Gesellschaft in der heutigen Form gibt, braucht es den Verband. Ich denke, er wird künftig sogar noch wichtiger werden, da die Herausforderungen im Job immer grösser werden.

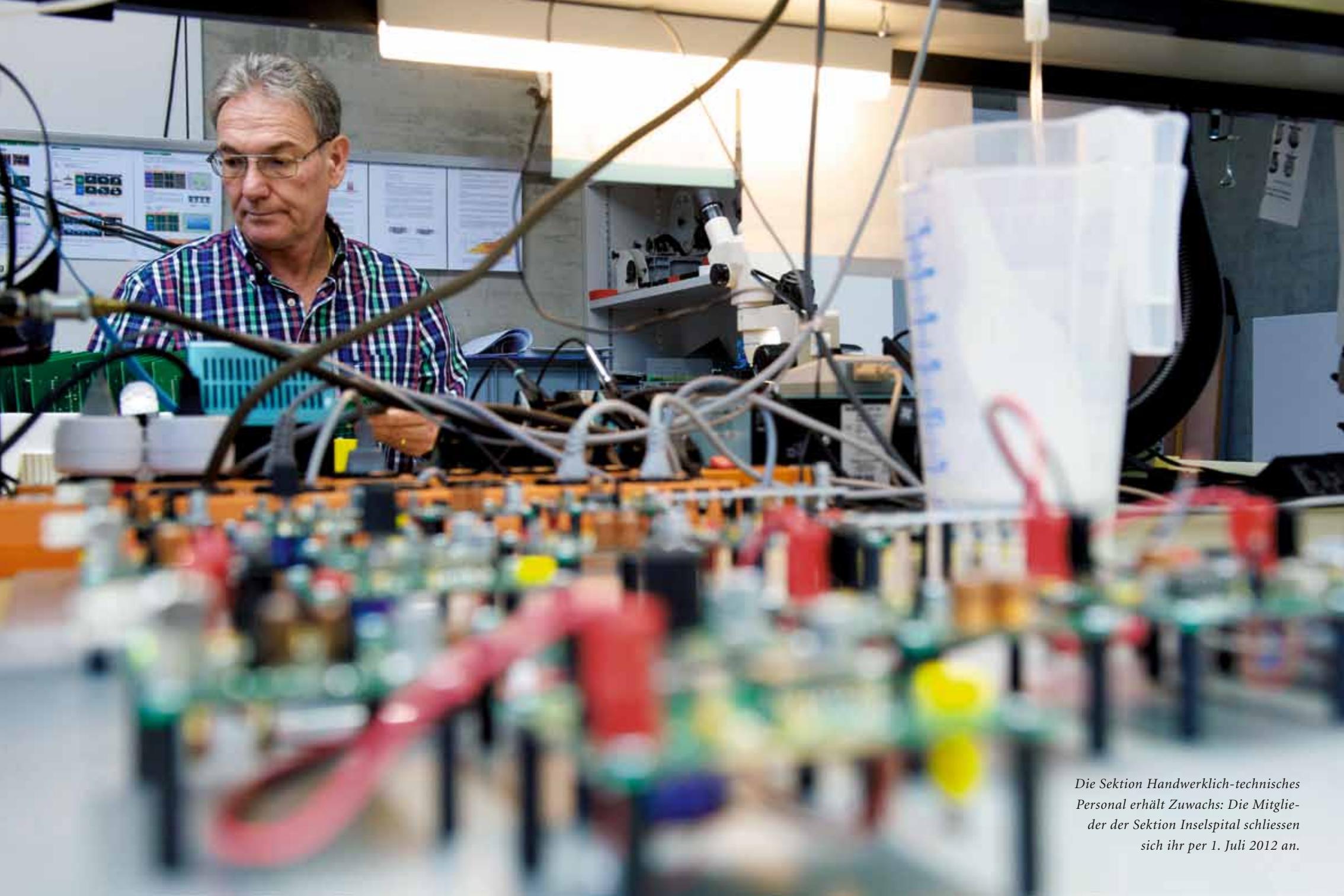
**Die Jungen im Verband**

*Von fast 7000 Mitgliedern sind im BSPV rund 280 jünger als 30, insgesamt über 700 jünger als 35 und insgesamt 1275 Mitglieder jünger als 40 Jahre alt. Ihnen gegenüber stehen 1800 Rentnerinnen und Rentner (Stand: Februar 2012).*

*Der Verband ist altersmässig also breit abgestützt und gut durchmischte. Allerdings gehört ein Grossteil der jüngsten Mitglieder dem Polizeiverband an. Wünschenswert wäre, wenn auch die anderen Sektionen ihren Nachwuchs so erfolgreich rekrutieren könnten.*

## 2012

Das Personal der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern) will eine Sektion gründen und voraussichtlich am 22. Juni dem BSPV beitreten.



*Die Sektion Handwerklich-technisches  
Personal erhält Zuwachs: Die Mitglie-  
der der Sektion Inselspital schliessen  
sich ihr per 1. Juli 2012 an.*

# Facts & Figures

## Die Verbandspräsidenten

1912–1917 *Arnold Raaflaub: 5 Jahre*  
1918–1920 *Fritz Zimmermann: 2 Jahre*  
1920–1961 *Otto Peter: 41 Jahre*  
1961–1978 *Max Graf: 17 Jahre*  
1978–1995 *Ueli Hofer: 17 Jahre*  
1995–2004 *Peter Kunz: 9 Jahre*  
2004–2008 *Roland Seiler: 4 Jahre*  
2008– heute *Peter Bernasconi*

## Die Verbandssekretäre

1917-1920 *Arnold Raaflaub (Nebenamt)*  
1921-1923 *Fürsprecher Seelhofer (Nebenamt)*  
1923-1952 *Willy Luick, SP, Grossrat 1926-1952*  
1953-1967 *Karl Geissbühler, SP, Grossrat 1926-1970, Nationalrat 1947-1951, 1952-1967*  
1967-1976 *Ernst Bircher, SP, Grossrat 1946-1978, Nationalrat 1967-1975*  
1976-1993 *Kurt Niklaus, SP, Grossrat 1969-1990*  
1993-2004 *Roland Seiler, SP, Grossrat 1986-2002*  
2004-heute *Matthias Burkhalter, SP, Grossrat 2001-heute*

## Verzeichnis der Geschäftsleitungsmitglieder 2012

*Peter Bernasconi, Präsident, seit 2008*  
*Pierre-André Musy, Vizepräsident, GL-Mitglied seit 1998, Vize seit 2007*  
*Erwin Balsiger, Kassier, seit 1988*  
*Otto Aeby, seit 1998*  
*Erich Frauenfelder, seit 2000*  
*Andrea Frost-Hirschi, seit 2007*  
*Claude Röthlisberger, seit 2004*  
*Eugen Schneider, seit 2007*  
*Christian Stauffer, seit 2004*

## Verzeichnis der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle 2012

*Matthias Burkhalter, Geschäftsführer, seit 2004*  
*Anna C. Lehmann Löffel, Kommunikation, seit 2011*  
*Esther Ritter, Sekretariat, seit 1992*  
*Mila von Allmen, Sekretariat, seit 1999*

# Verzeichnis der BSPV-Sektionen 2012

- Anstalten Hindelbank*  
*Anstalt Thorberg*  
*Anstalt Witzwil*  
*Evangelisch-reformierter Pfarrverein des Synodalverbandes Bern-Jura-Solothurn*  
*Fischereiaufseher*  
*Gemeindepersonal Zollikofen des Bernischen Staatspersonalverbandes*  
*Handwerklich-technisches Personal (HTP)*  
*Höhere Angestellte des Kantons Bern*  
*Inselspital (gehört ab 1.7.2012 zu HTP)*  
*Jugendheim Prêles*  
*Kantonalbernischer Wildhüterverband*  
*Kantonale Verkehrsexperten Bern*  
*Pädagogische Hochschule Bern, PHBern (voraussichtlicher Beitritt per 22.6.2012)*  
*Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs (PSMV)*  
*Personalverband Sozialversicherung*  
*Polizeiverband Bern-Kanton (PVBK)*  
*Psychiatriezentrum Münsingen (PZM)*  
*Psychiatrische Klinik Bellelay*  
*Rentnervereinigung des Staates Bern*  
*Schulinspektorinnen und Schulinspektoren*  
*Strasseninspektoren-Verband des Kantons Bern*  
*Strassenmeister Kreis III Seeland*  
*Strassenmeister Sektion Emmental/Oberaargau*  
*Strassenmeister Sektion Mittelland*
- Strassenmeister Sektion Oberland*  
*Union du Personnel Administratif de l'Etat de Berne*  
*Universitäre Psychiatrische Dienste UPD Bern*  
*Universitätsdozentenverein*  
*Unterhalt Autobahn*  
*Verband Bernischer Forstwerte und Waldarbeiter*  
*Verband Bernischer Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber*  
*Verband Bernischer Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer (VbGH)*  
*Verband Bibliotheksangestellte Kanton Bern*  
*Verband der Bernischen Betreibungsweibelinnen und Betreibungsweibel, VBBW*  
*(Beitritt per 22.6.2012)*  
*Verband der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso*  
*der Steuerverwaltung des Kantons Bern (VBKBIS)*  
*Verband der Dozierenden der Berner Fachhochschule*  
*Verband der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer Kanton Bern (Gym\_Bern)*  
*Verband Forst*  
*Verein Bernischer Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter*  
*Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (VBR)*  
*Verein der Forstingenieure*  
*Verein der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft des Kantons Bern*  
*Vereinigung Berner Ortsgruppen (VBOG)*  
*Vereinigung Fachpersonen der Berner Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (VBB)*
- Einzelmitglieder*

# Abbildungsverzeichnis

<i>Umschlagsfoto</i>	<i>Demonstration «HALT» vom 1. September 1999 auf dem Bundesplatz (Archiv BSPV, Repro Manu Friedrich 2012)</i>	<i>Seite 33</i>	<i>Auszug aus der Staatspersonalzeitung von 1927 und Abbildung aktuelles Reglement (Manu Friedrich, 2012)</i>
<i>Seite 5</i>	<i>Peter Bernasconi, BSPV-Präsident 2008-heute (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 35</i>	<i>Auszug aus der Staatspersonalzeitung von 1933 (Manu Friedrich, 2012)</i>
<i>Seite 7</i>	<i>Pierre-André Musy, Vize-Präsident BSPV 2007-heute (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 36</i>	<i>Hans Zaugg, alt Kriegskommissär und 2012 langjährigstes BSPV-Mitglied (Archiv Hans Zaugg)</i>
<i>Seite 8</i>	<i>Berner Rathaus um 1912 (Staatsarchiv Kanton Bern)</i>	<i>Seite 37</i>	<i>Hans Zaugg mit Bundesrat Rudolf Gnägi (Archiv Hans Zaugg)</i>
<i>Seite 9</i>	<i>Gründungsprotokoll des BSPV von 1912 (Manu Friedrich, 2012)</i>	<i>Seite 38</i>	<i>Hans Zaugg an seinem Arbeitsplatz (Archiv Hans Zaugg)</i>
<i>Seite 11</i>	<i>Die Verbandszeitung im Wandel (Manu Friedrich, 2012)</i>	<i>Seite 41</i>	<i>Herbstausflug 2011 der Rentnervereinigung aufs Stanserhorn (Ueli Zimmermann)</i>
<i>Seite 13</i>	<i>Verkehrskontrolle um 1960 (Archiv Kantonspolizei Bern)</i>	<i>Seiten 44/45</i>	<i>Verband der Dozierenden der Berner Fachhochschule, Michel Krebs (Manu Friedrich, 2011)</i>
<i>Seiten 14/15</i>	<i>Polizeiverband Bern-Kanton, Martina Buri (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 46</i>	<i>Abbildung Wahlbroschüre von «angestellte bern», Nationalratswahlen 2011 (Komform GmbH)</i>
<i>Seite 16</i>	<i>Otto Peter, BSPV-Präsident 1920-1961, aus der Staatspersonalzeitung vom 12. Mai 1961 (Manu Friedrich, 2012)</i>	<i>Seite 47</i>	<i>Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit»: Unterschriftenübergabe vom 23. November 2011 (Anna C. Lehmann Löffel)</i>
<i>Seite 19</i>	<i>Evangelisch-reformierter Pfarrverein des Syndonalverbandes Bern-Jura-Solothurn, Rebekka Grogg (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 48</i>	<i>Karl Geissbühler, BSPV-Sekretär 1953-1967, aus der Staatspersonalzeitung Nr. 7/1967 (Manu Friedrich, 2012)</i>
<i>Seite 21</i>	<i>Aussenaufnahme des Gebäudes der Bernischen Pensionskasse BPK (Manu Friedrich, 2012)</i>	<i>Seite 50</i>	<i>Max Graf, BSPV-Präsident 1961-1978 (Archiv BSPV)</i>
<i>Seite 22</i>	<i>Dr. Willy Luick, BSPV-Sekretär 1923-1952, aus der Staatspersonalzeitung Nr. 14/1952 (Manu Friedrich, 2012)</i>	<i>Seite 51</i>	<i>Max Graf, BSPV-Präsident 1961-1978, bei seiner Verabschiedung vom 29. April 1978 (Archiv BSPV)</i>
<i>Seite 25</i>	<i>Abbildung Werbeplakat BSPV (Komform GmbH)</i>	<i>Seiten 52/53</i>	<i>Aufnahmen der 50-Jahre-Feier des BSPV von 1962 (Archiv BSPV)</i>
<i>Seiten 26/27</i>	<i>Symbolbild Rechtsberatung, Matthias Burkhalter, BSPV-Geschäftsführer 2004-heute (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 55</i>	<i>links: Büro an der Kramgasse 70 in Bern, rechts: Umzug 1984 von der Kramgasse 70 an die Postgasse 60 in Bern (beide Archiv BSPV)</i>
<i>Seite 28</i>	<i>von oben: Anstalten Hindelbank, Anstalten Witzwil (beide Archiv Polizei- und Militärdirektion Kanton Bern), Universitäre Psychiatrische Dienste UPD (Marco Zanoni)</i>	<i>Seiten 56/57</i>	<i>Aussenaufnahme der BSPV-Geschäftsstelle an der Postgasse 60 in Bern (Manu Friedrich, 2011)</i>
<i>Seite 29</i>	<i>von oben: Psychiatrische Klinik Bellelay (Schweizer Luftwaffe, 1939), Psychiatriezentrums Münsingen (Mike Lehmann), Jugendheim Prêles, Massnahmenzentrum St. Johannsen (beide Archiv Polizei- und Militärdirektion Kanton Bern)</i>	<i>Seite 58</i>	<i>Kurt Meyer, Regierungsrat 1976-1990, und BSPV-Mitglied (Archiv Markus Meyer)</i>
<i>Seiten 30/31</i>	<i>Anstalten Thorberg (Manu Friedrich, 2011)</i>	<i>Seite 59</i>	<i>Markus Meyer, Grossrat 1998-heute, Präsident Polizeiverband Bern-Kanton (Andreas Blatter)</i>

- Seite 61 *Petition der Strassenmeister für faire Zeitgutschriften: Unterschriftenübergabe vom März 2011 (Esther Ritter)*
- Seiten 62/63 *Strassenmeister Sektion Emmental/Oberaargau (Manu Friedrich, 2011)*
- Seite 64 *Ernst Bircher, BSPV-Sekretär 1967-1976 (Archiv BSPV)*
- Seite 65 *Ernst Bircher (links), BSPV-Sekretär 1967-1976, und Kurt Niklaus, BSPV-Sekretär 1976-1993 (Archiv BSPV)*
- Seite 67 *Vorstand des Verbands der Betreibungs- und Konkursbeamten sowie der Bereichsleiter Inkasso der Steuerverwaltung des Kantons Bern VBKBIS, an der Jahresversammlung 2011 in Twann (Anna C. Lehmann Löffel)*
- Seiten 68/69 *Verband Forst, Rolf Lüscher (Manu Friedrich, 2011)*
- Seite 70 *Kurt Niklaus, BSPV-Sekretär 1976-1993 (Archiv BSPV)*
- Seite 71 *Kurt Niklaus, BSPV-Sekretär 1976-1993, an der Zentralvorstandssitzung vom 17. März 1984 (Archiv BSPV)*
- Seite 72 *Ueli Hofer, BSPV-Präsident 1978-1995 (Archiv BSPV)*
- Seite 73 *Links: Präsident Ueli Hofer 1987 an der 75-Jahre-Feier des BSPV, rechts: Max Graf, BSPV-Präsident 1961-1978, Kurt Niklaus, BSPV-Sekretär 1976-1993, Ueli Hofer, BSPV-Präsident 1978-1995, (v.l.n.r.), (beide Archiv BSPV)*
- Seite 75 *Feier auf dem «Freiheitsplatz» in Delsberg nach der Abstimmung vom 24. September 1978 zur Gründung des Kantons Jura (keystone)*
- Seiten 78/79 *Frieda Amstutz, erste Präsidentin der Abgeordnetenversammlung des BSPV (Archiv BSPV)*
- Seite 83 *Französische Jahresberichte des BSPV (Manu Friedrich, 2011)*
- Seiten 84/85 *Aufnahmen der 75-Jahre-Feier des BSPV von 1987 im Kulturcasino Bern (Archiv BSPV)*
- Seite 87 *Urs Gasche (links), Finanzdirektor 2001-2010, und Matthias Burkhalter, BSPV-Geschäftsführer 2004-heute (Archiv BSPV)*
- Seiten 88/89 *Kundgebung gegen Entlassungen und Sparmassnahmen vom 5. Juni 1996 (Archiv BSPV, Repro Manu Friedrich 2012)*
- Seite 92 *Peter Kunz, BSPV-Präsident 1995-2004 (Archiv Peter Kunz)*
- Seiten 94/95 *Demonstration «HALT» vom 1. September 1999 auf dem Bundesplatz (Archiv BSPV, Repro Manu Friedrich 2012)*
- Seite 97 *Aussenaufnahme des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistung Bern Wankdorf bwd (Manu Friedrich, 2012)*
- Seiten 98/99 *Demonstration «VETO» vom 1. November 2002 auf dem Bundesplatz (Archiv BSPV, Repro Manu Friedrich 2012)*
- Seite 100 *Roland Seiler, BSPV-Sekretär 1993-2004 und BSPV-Präsident 2004-2008, an der «VETO»-Kundgebung vom 1. November 2002 (Archiv BSPV)*
- Seite 101 *Roland Seiler, BSPV-Sekretär 1993-2004 und BSPV-Präsident 2004-2008 (Archiv BSPV)*
- Seiten 102/103 *BSPV-Plakate von 2002-2004 (Archiv BSPV, Repro Manu Friedrich 2012)*
- Seite 105 *Personal des Straf- und Massnahmenvollzugs PSMV an der Jahresversammlung 2012 (Matthias Burkhalter)*
- Seite 107 *Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte VBRS (Manu Friedrich 2011)*
- Seiten 108/109 *Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte VBRS, Anastasia Falkner (Manu Friedrich 2011)*
- Seite 110 *Dominic Ferrari, Polizist und 2012 eines der jüngsten Verbandsmitglieder (Anna C. Lehmann Löffel)*
- Seite 111 *Dominic Ferrari (links) und Raphaël Cuche vor der Polizeiwache in Biel (Anna C. Lehmann Löffel)*
- Seite 113 *Die Polizisten Dominic Ferrari (vorne) und Raphaël Cuche im Einsatz (Anna C. Lehmann Löffel)*
- Seiten 114/115 *Handwerklich-technisches Personal HTP, Walter Hersperger (Manu Friedrich 2011)*

